

## Protokoll

Sitzung Nr. 3  
 Datum **Mittwoch, 20. Mai 2015**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 22.25 Uhr

Vorsitz	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
1. Vizepräsidentin	Bähler Peter	SVP 1
StimmzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Tschumi Samuel	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Fust Michael Gerber Rudolf Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 7
	Aebi-Lehmann Elisabeth ( <i>ab 19.32 Uhr</i> ) Baumann Hans Peter Bolliger Stephan Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Kobel Matthias Mosimann Bruno	SVP 8
	Hadorn Karin Hadorn Markus Köchli Martin	BDP 3
	Bacher Markus George Ralph Heimann Patrick Remund Marcel Thomann Lemann Johanna	FDP 5
	Ackermann Thomas	CVP 1
	Jenni Jürg Kofel Peter Lastric Dubravka Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 5
	Oesch Toni	FdU 1

		34
Abwesend	Pfister-Aebersold Marianne Rothenbühler Hans-Jörg Magnani Patric Mellert Denise Stucki Roland, Zingg-Kambli Annemarie	SVP 1 BDP 1 FDP 1 CVP 1 EVP 2
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter Westphale Edi	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	2	
Anzahl Medien	2	

## Geschäfte

21	Pro Protokoll Protokoll vom 25. März 2015.....	58
22	1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde Verwaltungsbericht 2014; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse).....	58
23	25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde Jahresrechnung 2014 .....	66
24	20.441. Sportzentrum Hirzenfeld Sportzentrum Hirzenfeld, Investitionskostenbeitrag für Sanierungen; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	77
25	1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung; Ersatzwahl.....	77
26	1.201.10 Kommission für öffentliche Anlässe Kommission für öffentliche Anlässe; Ersatzwahl .....	77
27	1.92.2 Postulate Überparteiliches Postulat betreffend "Zusammenarbeit Münchenbuchsee – Zollikofen"; Erheblicherklärung.....	78
28	1.92.1 Motionen Dringliche Richtlinienmotion Markus Burren betreffend "Vorranggebiet Wohnen Steinibachmatte" .....	83
29	1.92.1 Motionen Überparteiliche Motion SP / FDP betreffend "Zusätzliche Kita-Plätze in Zollikofen" .....	87
30	1.92.2 Postulate Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende "Tageskarten Gemeinde: Optimierung des Angebots für Zollikofen" .....	88

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

## Verhandlungen

Präsidentin: Werter Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste. Ich möchte Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen. Ebenfalls begrüßen möchte ich Finanzverwalter David Portner, der für das Traktandum 23, Jahresrechnung beigezogen ist.

Für die heutige Sitzung haben sich abgemeldet: Hans-Jörg Rothenbühler, Marianne Pfister, Patrick Magnani und Denise Mellert.

Ich stelle fest, dass 33 Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Als Tischvorlage finden Sie ein Papier zur dringlichen Motion, über welche wir später beraten werden.

*19.32 Uhr: Elisabeth Aebi tritt ein.*

---

### Mitteilungen der Präsidentin

Bei mir ist ein Demissionsschreiben eingegangen: *"Rücktritt aus dem Parlament, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Petra. Am 26. Januar 2005 drfte ich erstmals erwartungsvoll an einer Sitzung des Grossen Gemeinderates von Zollikofen teilnehmen. Heute, nach zehneinhalb Jahren Parlamentszugehörigkeit, erkläre ich meinen Rücktritt. Einerseits notgedrungen, weil ich nach 30 Jahren Wohnsitz in der Gemeinde diese auf den 1. Juni (freiwillig) verlasse. Andererseits wohl auch vorsorglich, denn im Gegensatz zu Rotwein werden alternde Politiker nicht immer besser. Mein Verfalldatum ist somit abgelaufen – das ist immerhin ein Wahlversprechen, das ich hiermit einlöse.*

*Für mich waren die über zehn Jahre Parlamentsarbeit ausserordentlich bereichernd. Viele Diskussionen, unzählige Entscheidungsfindungen und auch strategische Kämpfe waren auszutragen. Obschon oft auch harte Worte fielen und ab und zu auch auf den Mann oder die Frau gespielt wurde, geblieben sind mir unzählige schöne Erinnerungen und Bekanntschaften.*

*Dem GGR wünsche ich weiterhin faire, klare, der Sache verpflichtete Diskussionen. Ich hoffe, dass es auch in Zukunft genügend Mitglieder des GGR gibt, die den Zeitaufwand nicht scheuen, an der Gestaltung der Gemeinde mitzuarbeiten.*

*Ich wünsche allen einen tollen Sommer und freue mich auf ein gelegentliches Wiedersehen. H.P. Baumann."*

Präsidentin: Schade. Ich schicke nun die Protokollführerin, sie überbringt 3 Abschiedsmüntschi, die Blumen folgen noch (*Anm. d. Protokollführerin: warmherziger Applaus*).

Markus Burren, SVP: Lieber Hans Peter, Danke für all die Leistungen, die Du erbracht hast. Sei es hier im Rat, als GGR-Präsident oder bei uns als Parteipräsident, Fraktions-Vizepräsident, Vorstandsmitglied, Fraktionsmitglied und so weiter. Wir werden dies in einem kleineren Rahmen mit Dir feiern. Für die Zukunft wünschen wir Dir alles Gute, wir werden sicher noch voneinander hören. Alles Gute auch für die letzte Ratsdebatte, wir haben heute ein Geschäft, über das wir eingehend debattieren wollen, hier wirst Du auch noch ein Votum abgeben, dazu viel Glück.

## Mitteilungen der GPK

Bruno Vanoni, GPK: Der Gemeindepräsident hat bereits an der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass eine Vernehmlassung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept läuft. Zu diesem wichtigen Geschäft ist auch die Geschäftsprüfungskommission eingeladen worden, eine Stellungnahme im Namen des Gemeindeparlamentes abzugeben.

Wir werden dies an der nächsten Sitzung diskutieren, vor allem konzentriert auf die Themen, die Zollikofen betreffen. Die GPK hat bereits gefragt, ob sie vom Gemeinderat und falls nicht vorliegend, von der Planungskommission die Stellungnahme erhält, so dass sie sich an dieser orientieren kann.

---

## Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich habe eine Mitteilung zur Abstimmung "Überbauung Schäferei". Beim Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland sind vier Beschwerden gegen die Abstimmung vom 8. März 2015 zur "Überbauung Schäferei" eingegangen. Die Beschwerdeführer rügen weder das eigentliche Verfahren der Urnenabstimmung noch das Zustandekommen des entsprechenden Abstimmungsresultates. Vielmehr wird die Rechtmässigkeit der planungsrechtlichen Vorschriften und Pläne gerügt. Dies wurde von den Beschwerdeführenden bereits im Einspracheverfahren eingebracht. Über diese offenen Einsprachen wird das Amt für Gemeinden und Raumordnung im Zuge der Genehmigung der planungsrechtlichen Vorschriften ohnehin noch zu entscheiden haben.

Ferner wird unter anderem gerügt, die Abstimmungsbotschaft, welche vom Grossen Gemeinderat verabschiedet wurde, sei irreführend, unvollständig, beschönigend und es seien darin Drohungen enthalten. Schliesslich wird gerügt, über die beiden Vorlagen, also die planungsrechtlichen Vorschriften und den Landverkauf, hätte nicht getrennt abgestimmt werden dürfen.

Das vom Regierungsstatthalter einberufene Gespräch zwischen den Parteien hat keine Einigung gebracht.

Die Gemeinde hat am 4. Mai 2015 ihre Beschwerdeantwort eingereicht. Darin stellt die Gemeinde das Rechtsbegehren, auf die Beschwerden sei nicht einzutreten, weil entweder die Rügen in einem anderen Verfahren behandelt würden bzw. die entsprechenden Beschwerdefristen für die Rügen der Abstimmungsbotschaft unbenutzt abgelaufen seien.

Die Beschwerdeführer ihrerseits haben nun bis am 28. Mai 2015 Gelegenheit, eine Replik dazu einzureichen.

Solange dieses Beschwerdeverfahren zur Abstimmung nicht rechtsgültig entschieden ist, können die planungsrechtlichen Vorschriften und Pläne dem Kanton auch nicht zur Genehmigung eingereicht werden. Sobald wir mehr wissen, werden wir Sie informieren.

Präsidentin: Wir kommen zur Traktandenliste. Es wurde eine Dringliche Motion von Markus Burren eingereicht. Bevor wir die Traktandenliste genehmigen, müssen Sie über die Dringlichkeit der Motion abstimmen. Falls sie dringlich erklärt wird, kommt sie als Traktandum 7.2, wenn nicht, wird sie an der Juni-Sitzung behandelt. Ich gebe dem Motionär das Wort, um zu erklären, weshalb die Motion dringlich ist.

Markus Burren SVP: Es geht hier um das Vorranggebiet "Wohnen in der Steinibachmatte". Bruno Vanoni erwähnte vorher, dass es um das RGSK geht, das ist das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept, RGSK II, abgekürzt. Es ist momentan in der Vernehmlassung, der Gemeinderat wird Stellung nehmen. Wenn wir dieses Geschäft nicht dringlich erklären, wird der Willen des Parlamentes nicht eingebracht werden können. Zum Inhalt komme ich, wenn die Dringlichkeit gewährt wird.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Die Eingabefrist für die Stellungnahme im Rahmen dieses Öffentlichen Mitwirkungsverfahrens zum RGSK II läuft am 10. Juli ab. Bis zu einer ordentlichen Behandlung dieser Motion im GGR wäre diese Frist demzufolge verstrichen. Deshalb befürwortet der Gemeinderat die Dringlicherklärung des Vorstosses.

Präsidentin: Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer die Motion als dringlich erklären will, soll die Hand erheben.

### **Abstimmung**

**Die Motion wird unter Traktandum 7.2 in die Traktandenliste aufgenommen und mehrheitlich für dringlich erklärt.**

Das Traktandum 6, Ersatzwahlen für die Kommission für öffentliche Anlässe müssen wir auf die Juni-Sitzung verschieben, die Präsidentin der SP Zollikofen konnte noch niemanden melden, der oder die diesen Platz einnehmen könnte.

Haben Sie weitere Änderungswünsche bezüglich der Reihenfolge der Traktanden? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

---

21 Pro Protokoll

### **Protokoll vom 25. März 2015**

Präsidentin: Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. **Somit stelle ich fest, dass das Protokoll vom 25. März 2015 genehmigt ist.**

---

22 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

### **Verwaltungsbericht 2014; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse)**

Präsidentin: Ich komme zu Traktandum 22, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnisnahme des Berichtes und Abschreibung von drei Vorstössen. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen am Schluss zum Umsetzungsprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Die GPK hat das Wort zu den allgemeinen Bemerkungen.

Johanna Thomann, GPK: Die GPK dankt allen Verantwortlichen für die Berichterstattung 2014. Es gibt Interessantes, Spannendes und Überraschendes zu lesen. Aber auch Solches unter dem Motto "Geng z'gliiche". Es ist ein umfangreicher, manchmal etwas trockener Bericht. Deshalb freut sich die GPK, dass der Bericht 2015 attraktiver gestaltet werden soll und hofft, dass auch die Redaktion in die neue Gestaltung miteinbezogen wird. Wir werden unsere Fragen und Bemerkungen bei der Beratung kapitelweise machen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Zu den Fraktionen.  
Marceline Stettler, GFL: Der Verwaltungsbericht: Ein 106-seitiges Nachschlagewerk über das Innenleben unserer Gemeinde, Sie haben ihn vor sich. Informativ, interessant und aufschlussreich. Eins ist sicher, es steckt eine Heidenarbeit und viel Herzblut dahinter. An dieser Stelle möchten wir allen Akteur/innen herzlich für den Aufwand danken. Die GFL stimmt der Kenntnisnahme zu, einzelne Bemerkungen machen wir später in der Detailberatung.

Ich möchte aber die Gelegenheit nützen, etwas zur geplanten Überarbeitung des Verwaltungsberichtes zu sagen. Die GPK nennt ihn trocken, für uns geht es in dieselbe Richtung. Ich lese Ihnen zwei Sätze vor: "Der Einsatz des Werkhofpersonals und der Salzverbrauch für das Jahr 2014 lagen im durchschnittlichen unteren Bereich." Oder: "Der Unterhalt an Maschinen, Geräten und Fahrzeugen wurde zum grössten Teil in der gemeindeeigenen Werkstatt vom Betriebsmechaniker durchgeführt." Die Einen finden das interessant, die Anderen finden das nicht sehr aussagekräftig. Die GFL gehört zu den zweiten. Wir fragen uns manchmal, ob das sein muss und ob das jedes Jahr sein muss. Zum Beispiel unter dem Thema "Gemeindestrassennetz" steht ein 11-zeiliger Absatz zum Thema "Unterhalt". Dieser war wortwörtlich bereits 2013 im Verwaltungsbericht.

Markus Bacher, FDP: Wir machen es aus Sicht der FDP mal etwas anders. Wir bringen jetzt ein paar Themen, verzichten dafür bei den einzelnen Kapiteln auf Voten. Verwaltungsbericht: Schikane für die Ersteller oder die Leser? Wir wissen es nicht. Obwohl wir als FDP an Rechtstendenzen Freude haben, wurde hier die rechte Maustaste etwas zu oft benutzt. Mit ihr kann man kopieren und einfügen und das ist bei sehr vielem der Fall. Freudig zur Kenntnis genommen haben wir die Tatsache, dass die Informatikverfügbarkeit hoch ist. Warum? Eine Gemeinde ohne funktionierende Informatik kann heute nicht mehr gut arbeiten. Die Kompetenz und Verfügbarkeit in Bezug auf Informatik ist hoch und dementsprechend kann auch der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden. Was uns auch freut, ist, dass die Feuerwehr die Inspektion sehr gut überstanden hat. Es ist eine motivierte, gut ausgebildete Truppe und somit verfügt sie auch über einen sehr guten Stand. Es ist beruhigend zu wissen, dass man in einer Gemeinde wohnt, bei der im Brandfall jemand kommt.

Auch das GFO hat sich fit gemacht, ist einsatzbereit und konnte im zweiten Jahr einiges an die Hand nehmen, falls etwas, was wir nicht hoffen passiert. Aber wenn, dann sind wir parat.

Etwas gestaunt haben wir, dass immer "rund 1'600 Frösche" mithilfe der Helfer die Strasse überqueren. Es gibt zwar im Internet Recherchen, die das genauer belegen. Aber zu denken gegeben hat uns der Zustand der Feldschützen – vielleicht muss man denen in Zukunft über die Strasse helfen. Wenn die Mitglieder weiterhin so schwinden, gibt es in drei bis fünf Jahren keine Feldschützen mehr.

Zusammen mit der SP haben wir uns engagiert, mittels einer Motion. Es geht um die Situation der Kita. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist essentiell. Es fehlen Fachkräfte in der Schweiz und viele gehen verloren, weil zuwenig Betreuungsplätze da sind. Fazit: Wir danken den Erstellern, vor allem denen, die etwas Kreatives, Neues geschrieben haben. Wir anerkennen, dass sowohl die linke wie auch die rechte Maustaste beherrscht wird, hier hätte man die linke mehr gebrauchen können. Weniger fantasievoll sind die Zahlen, die in Wörter umgewandelt wurden, oder wenn die Zahl zehn zu 15 umgewandelt wurde. Wir freuen uns auf den neuen Bericht, trotzdem herzlichen Dank, auch für die Beantwortung unserer Fragen. Wir nehmen den Verwaltungsbericht zur Kenntnis und werden auch die Postulate abschreiben.

Markus Hadorn, BDP: Auch wir von der BDP möchten, den Kopien und wiederkehrenden Sätzen zum Trotz, recht herzlich danken für den umfangreichen Bericht. Wir haben keine Bemerkungen, nehmen den Bericht zur Kenntnis und stimmen dem Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung der drei Postulate zu.

Peter Bähler, SVP: Auch die SVP dankt dem Gemeinderat für den Verwaltungsbericht 2014. Er zeigt auf, wie viele verschiedenen Aufgaben die Verwaltung innerhalb eines Jahres zu erledigen hat. Wir danken den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir sind uns bewusst, dass diese Arbeit nicht immer einfach ist. Wir haben an der Fraktionssitzung abschnittsweise den Bericht besprochen. Ein paar Kapitel waren sehr ausführlich gehalten, andere relativ knapp. Die gewünschten Informationen jedoch, haben wir erhalten. Wir werden uns in der Detailberatung der einzelnen Kapitel zu Wort melden. Der Gemeinderat beantragt, mit dem Verwaltungsbericht auch drei Vorstösse abzuschreiben, für die SVP sind die Begründungen plausibel und wir stimmen der Abschreibung zu.

Präsidentin: Möchte die SP noch das Wort? Das ist nicht der Fall. Die Ratsmitglieder?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir gehen in die Detailberatung. Zuerst kann sich die GPK zu Wort melden, danach der Gemeinderat und danach alle Ratsmitglieder. Ich bitte Sie, deutlich zu sagen, auf welcher Seite, welchem Abschnitt und zu welchem Punkt sie Stellung nehmen.

### **1. Präsidiales (S. 6 – 33):**

Peter Bähler, GPK: Seite 14: Das Total der Zahlen im Jahr 2013 beim Landbesitz der Gemeinde ist nicht korrekt. Bitte anpassen und nachfolgende Totale nachführen.

Seite 29, Ortsplanungsrevision: Im dritten Teil steht Juli 2015, es muss aber Juli 2014 heissen.

Seite 30, Gefahrenkarte: Warum wurde die bis heute hängige Revision der Überbauungsordnung Graben immer noch nicht genehmigt?

Seite 31, Planung Lättere: Hat der Kanton Bern die ZPP-Vorschriften (Zone mit Planungspflicht) genehmigt?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Danke für die Hinweise, sie sind zutreffend. Der Landbesitz im 2013 ist nicht richtig addiert, beziehungsweise übertragen worden. Wichtig ist aber, dass die Fläche per Ende 2014 stimmt, die 56 ha 80 a 05 m<sup>2</sup>.

Die Ortsplanungsrevision ist 2014, das ist ebenfalls richtig.

Zur Frage der hängigen Genehmigung der Revision Überbauungsordnung Graben, das ist genau wegen der Revision der Gefahrenkarte. Diese hat eine Abhängigkeit mit der Überbauungsordnung Graben, wenn also die Gefahrenkarte genehmigt ist, können sie dann die Überbauungsordnung Graben genehmigen.

Planung Lättere: Der Kanton hat die ZPP-Vorschriften genehmigt, pendent ist die Genehmigung der Überbauungsordnung. Die ist momentan beim Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR zur Genehmigung pendent.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Bruno Vanoni: Ich habe eine Nachfrage zur ZPP Lättere. Es gab in den letzten Monaten Unsicherheiten, ob der Kanton die ZPP genehmigt hat, weil er argumentierte, die strengen Energievorschriften würde er nicht genehmigen, zum Beispiel im Falle der Schäferei. Man

könne dort die Energievorschriften auch aus der ZPP Lättere übernehmen, dort hätte das Volk ja bereits darüber abgestimmt. Ich möchte wissen, ob all die strengen Energievorschriften definitiv genehmigt sind, oder ob es hier immer noch offene Fragen gibt.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Wir haben abgestempelte, unterschriebene, genehmigte ZPP-Vorschriften Lättere im Haus und keine Korrespondenz, dass ein Vorbehalt aufgetreten wäre. Die Bemerkung von Bruno Vanoni ist richtig, das wurde bei der Schäferei angefügt. Aber es gab kein Rückkommen auf die Genehmigung der ZPP-Vorschriften Lättere, bis dato ist nichts eingegangen.

Bei der Überbauungsordnung ist es möglich, dass dort weitere Detailbestimmungen zur Energie aufgeführt wären und das allenfalls bestritten sein könnte. Die Energievorschriften sind abschliessend in der ZPP geregelt, in der ÜO haben wir nichts aufgeführt. Darum gehen wir davon aus, dass das kein Stolperstein sein wird. Aber bis wir das endgültige Testat haben, bleibt es pendent.

## **2. Finanzen (S. 34 – 38):**

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

## **3. Bau und Umwelt (S. 39 - 45):**

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Bruno Vanoni, GFL: Auf Seite 40 hat es eine Tabelle "Total Bauten in Minergie". Dort wird zwischen privaten und gemeindeeigenen Minergie-Gebäuden unterschieden. In der Fussnote unten werden zwei grosse Bauten des Bundes und Kantons erwähnt und wenn wir diese Fläche von den oben erwähnten privaten Minergie-Gebäuden abziehen, wären es nur noch 34'234m<sup>2</sup> private Minergie-Fläche. Ich bin davon ausgegangen, dass die erwähnten neuen Flächen von Bund und Kanton in der Tabelle oben inbegriffen sind. Vielleicht ist das ein Fehler. Aber ich finde es nicht plausibel, dass es nebst gemeindeeigenen Minergiegebäuden nur noch private Minergiegebäude gibt. Es gibt eben auch eine grosse Gebäude-Minergie von Kanton und Bund. Warum ich auf die Zahlen hinweise, hat noch einen anderen Grund. Im Minergie-Flyer, der auch auf der Gemeinwebseite aufgeschaltet ist, schreibt die Gemeinde unter dem Titel "energiepolitische Vorzeigeprojekte": "*Zollikofen verfügt Ende 2013 über eine beachtliche Minergiefläche von 100'000 m<sup>2</sup>*". Die Zahlen des Verwaltungsberichtes zeigen, dass diese Zahl Ende 2014 noch gar nicht erreicht war. Ende 2013 war das erst recht nicht der Fall. Fazit: Punkto Minergie stehen wir nicht so gut da, wie wir im schönen Faltblatt ausgewiesen haben.

Auf Seite 44 lesen wir, dass im letzten Jahr ein Re-Audit für die Energiestadt Zollikofen fällig gewesen wäre und dass Zollikofen wegen der strengeren Anforderungen des Energiestadt-Labels von 65 auf 56 Prozent der möglichen Punkte zurückgefallen wäre. Das ist für uns ein weiteres Zeichen, dass entgegen der vielen schönen Worte zuwenig vorwärts gemacht wird mit Energiesparen und dem Umsteigen auf erneuerbare Energien. Ein weiterer Hinweis findet sich in der Liste der hängigen Vorstösse auf Seite 9. Dort steht, dass die Motion Ökostrom statt Atomstrom, die Peter Kofel und Mitunterzeichnende eingereicht haben und vor bald vier Jahren hier erheblich erklärt wurde, immer noch hängig, beziehungsweise bei der Bauverwaltung in Bearbeitung sei. Im Oktober 2011 haben wir die nötigen finanziellen Mittel ins Budget 2012 aufgenommen und wir sind davon ausgegangen, dass man in den nächsten Jahren, getreu dem Motto, dem fast alle hier nach Fukushima zugestimmt haben, nur noch Ökostrom im gemeindeeigenen Verbrauch brauchen will und keinen Atomstrom mehr.

Aufgrund der Notiz, dass die Motion immer noch in Bearbeitung ist, haben wir nachgefragt und bekamen gute Antworten. Nun haben wir erfahren, dass der Gemeinderat im letzten Februar beschlossen hat, diesen Ökostrom auch wirklich zu beziehen, so dass diese Motion im nächsten Verwaltungsbericht beschrieben werden kann. Wir hätten eine aktive Info, insbesondere darüber, welcher Ökostrom verwendet werden soll, als sinnvoll erachtet.

Auf Seite 45 komme ich zu einem letzten betrüblichen Kapitel im Zusammenhang mit der Aktualisierung des Umweltkonzeptes. Diese Forderung wurde im März 2010 vom GGR als Postulat erheblich erklärt. Fünf Jahre später lesen wir im Verwaltungsbericht, dass das Umweltkonzept immer noch nicht überarbeitet ist, sondern mit den Energiestadt-Papieren zusammengelegt werden soll. Dabei hat der Gemeinderat im November 2013 auf Anfrage hin versprochen, dass die Arbeiten an der Aktualisierung des Umweltkonzeptes spätestens Ende 2014 abgeschlossen sein werden. Aus diesen Beispielen lese ich "Hüst und Hott" heraus. Es ist verlorene Zeit, verlorene Jahre in diesem Bereich. Das macht mich etwas ratlos und ohnmächtig.

Ich weiss, dass die zuständigen Verwaltungsstellen von anderen Aufgaben absorbiert gewesen waren und völlig überlastet sind. Das ist keine Kritik an den zuständigen Personen in der Verwaltung. Aber es ist eine Kritik an den Gemeinderat, der jetzt seit Jahren eine chronische Überlastung, insbesondere in der Bauverwaltung toleriert. Es ist seine Führungsaufgabe und auch seine Pflicht als Arbeitgeber, dafür zu sorgen, dass die nötigen personellen Ressourcen bereitstehen, damit die Aufgaben, die der GGR mit diesen Vorstössen gegeben hat und die sich der GR zum Teil selber gesetzt hat, erfüllt werden können. Ich möchte vom Gemeinderat hören, auf wann das Re-Audit Energiestadt geplant ist und bis wann die Aktualisierung des Umweltkonzeptes mit den Energiestadtbemühungen zusammengelegt wird.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich möchte im Zusammenhang mit der Intervention von Bruno Vanoni etwas über die Energiestadt sagen. Wo wir stehen und was wir bis wann machen wollen. Wie im Verwaltungsbericht geschrieben steht, hat die Auswertung des jetzigen Energiestadt-Massnahmenkataloges im Sommer 2014 ein sehr unbefriedigendes Resultat ergeben. Die Energiestadt Zollikofen würde von heute 65 Prozent auf 56 Prozent der möglichen Punktzahl fallen. Dies ist einerseits mit einer deutlichen Verschärfung der Bewertungsrichtlinien zu erklären. Auf der anderen Seite fehlten im Bereich Entwicklungsplanung/Raumordnung wesentliche Grundlagen, die erst durch die Ortsplanungsrevision erarbeitet werden. Zum Beispiel der Energierichtplan. Wenn man die einzelnen Teilbereiche des Massnahmenkataloges betrachtet, sieht die Lage folgendermassen aus: Beim Bereich Entwicklungsplanung/Raumordnung erreichen wir in der Auswertung 58 % der möglichen Punkte. Beim Bereich Kommunale Gebäudeanlagen 78%. Sehr gut. Beim Bereich Versorgung/Entsorgung 26 %. Beim Bereich Mobilität 58%. Beim Bereich interne Organisation 71 % und beim Bereich Kommunikation/Kooperation 42%. Damit ist klar, wo die Schwachstellen sind. In diesem Jahr wird der Gemeinderat entscheiden, ob das Ziel Goldlabel noch weiter verfolgt wird. Zum Erreichen des Goldlabels müssen mindestens 75% der möglichen Punkte erzielt werden. Als Grundlage für diesen Entscheid wird die Kommission Bau und

Umwelt einzelne Massnahmen mit Angaben wie "Kosten, Nutzen für die Gemeinde und Einfluss auf die Energiestadtbewertung" vorschlagen. Nur Massnahmen, die wirtschaftlich vertretbar sind und für die Gemeinde nützlich sein werden, können dann voraussichtlich berücksichtigt werden. Das Re-Audit Energiestadt wird im September dieses Jahres stattfinden.

Betreffend Aktualisierung des Umweltkonzeptes: Wir werden mit einem Vorschlag kommen, ob in diesem oder Anfang nächstes Jahr werden wir sehen. Aber wir werden für das Re-Audit viele Unterlagen vorbereiten müssen und diese Unterlagen sind eine gute Basis für die Zukunft.

#### **4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung (S. 46 - 53)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

#### **5. Bildung (S. 54 – 72)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Seite 55, Liste Kindergarten: Die Zahlen bei Kläyhof 2 (KG 2) sind nicht korrekt. Es sind 12 Mädchen und 9 Knaben.

Seite 63, Betrieb: Die Mittagsbetreuung der Tagesschule im Türmlischulhaus gerät ans räumliche Limit. Was ist für die Verbesserung dieses Umstandes in Zukunft geplant?

Die GPK hat folgende Frage im Bereich Bildung, die im Verwaltungsbericht nicht aufgeführt ist und vielleicht künftig aufgenommen werden könnte: Wie viele schulpflichtige Kinder hat Zollikofen insgesamt?

Die GPK würde es begrüessen, wenn künftig auch kurz über die Bereiche Aufgabenhilfe und Übersetzung der Elterngespräche für ausländische Mitbürger eine Aussage gemacht werden könnte.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Die Bemerkung auf Seite 55 ist richtig. Da wurden zwei Zahlen vertauscht.

Tagesschule Türmlischulhaus: Im Moment ist die Mittagsbetreuung intern geregelt. Der Gemeinderat hat einen Prüfungsauftrag erteilt, wir schauen, was möglich ist, aber nicht von heute auf morgen.

Wegen der Anzahl schulpflichtiger Kinder: Diese ist auf der aufgeschalteten Schülerstatistik zu finden. 1'084 schulpflichtige Kinder inklusive Kindergärteler gibt es, von diesen gehen 993 in Zollikofen zur Schule. Andere gehen nach Bern, dann gibt es noch wenige fremdplatzierte Kinder und solche, die in Privatschulen gehen.

Aufgabenhilfe und Übersetzung der Elterngespräche: Wir werden sehen, wie der Verwaltungsbericht im nächsten Jahr aussieht, wenn möglich, können wir dies durchaus erwähnen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

## **6. Soziales (S. 73 – 84)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

## **7. Sicherheit und Integration (S. 85 – 92)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

## **Berichterstattung zum Umsetzungsprogramm 14/18 (S. 93 - 108)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Marceline Stettler, GFL: Auf Seite 95 ist im unteren Teil unter 2b das Projekt "Förderung der Sprachkompetenz fremdsprachiger Kinder im Vorschulalter" erwähnt. Die Rückmeldungen der Kindergartenlehrpersonen sind nur ein bisschen positiv, sie könnten sich besser in eine Gruppe einfügen, hätten weniger Trennungsängste, aber dass sie die Sprache gelernt haben, davon steht nichts. Da müssten man eventuell schauen, warum das so ist. Hier heisst es "teilweise erfüllt" ich finde das "knapp teilweise erfüllt".

Sabine Huber, FDP: Die Bemerkung, dass punkto Sprache nichts steht, ist so nicht richtig. Es sind bei den Rückmeldungen durchaus Antworten gekommen, dass es Verbesserungen gegeben hat. Sie sind nicht gewaltig. Deshalb werden wir auf die definitive Einführung hin überprüfen, ob die Kinder zweimal pro Woche hingehen sollen. Kinder gehen heute mit vier Jahren in den Kindergarten; wir gehen jetzt die dreijährigen an. Mit einem zweijährigen Kind in der Spielgruppe die Sprache zu lernen, ist nicht sehr zielführend, weil schon nur die Muttersprache noch beschränkt gesprochen wird. Deshalb prüfen wir die Variante zweimal pro Woche, ein Jahr vor dem Kindergarten.

Toni Oesch, FdU: Seite 108. Wenn bei diesem Leitsatz die Tätigkeiten anders aufgegleist worden wären, hätte bei der Beurteilung geschrieben werden können "*Teilweise erfüllt*", und zwar wie folgt:

1. Steueranlage reduzieren
2. Keine Erhöhung von Gebühren oder ähnlichem im Steuerhaushalt, wie die Liegenschaftssteuer
3. Anpassung der Gebühren der Spezialfinanzierungen nach Massgabe der wirtschaftlichen Erfordernisse
4. Die Investitionen des Steuerhaushaltes zu 65 % selber finanzieren.

Das empfehle ich für weitere Jahre.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben. Wir kommen zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse.

Gibt es zum Postulat Ralph George betreffend "Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen" Wortmeldungen? Nein? Wer will abschreiben?

### **Abstimmung**

**Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.**

Gibt es zum Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende "betreffend "Räume für Freizeit, Bildung und Kultur" Wortmeldungen? Nein? Wer will abschreiben?

### **Abstimmung**

**Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.**

Gibt es zum Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Nutzung des SIBP für Gemeindeverwaltung, Schulen und ortsansässige Vereine" Wortmeldungen? Wer will abschreiben?

### **Abstimmung**

**Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.**

Präsidentin: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

**Abstimmung:**

1. Der Verwaltungsbericht 2014 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:
    1. Präsidiales
    2. Finanzen
    3. Bau und Umwelt
    4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung
    5. Bildung
    6. Soziales und Gesundheit
    7. Sicherheit und Integration
  2. Die Berichterstattung 2014 zum Umsetzungsprogramm 14 / 18 wird zur Kenntnis genommen.
  3. Das Postulat Ralph George betreffend "Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen" wird als erledigt abgeschrieben.
  4. Das Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Räume für Freizeit, Bildung und Kultur" wird als erledigt abgeschrieben.
  5. Das Postulat Samuel Lemann und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Nutzung des SIBP für Gemeindeverwaltung, Schulen und ortsansässige Vereine" wird als erledigt abgeschrieben.
- 

23 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde

**Jahresrechnung 2014**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Zum Vorgehen: Es ist wie jedes Jahr, wir halten zuerst einen Teil für allgemeine Bemerkungen ab. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten und dann noch die Produktrechnung NPM, Berichterstattung für die Sekundarstufe I behandeln. Die GPK hat das Wort.

Johanna Thomann, GPK: Die GPK dankt Gemeinderat Kurt Jörg und Finanzverwalter David Portner, dass sie an der GPK-Sitzung sämtliche Fragen kompetent beantwortet haben. Ebenfalls dankt die GPK all denen, die im Hintergrund grossartige Arbeit geleistet haben. Die GPK hat zwei Bemerkungen:

Seite 11, Sozialhilfe, Zeile 3: Die GPK möchte eine Erklärung für die hohe Fallzunahme (+ 21% anstelle + 2% gemäss Budget).

Auf Seite 19 stellt die GPK fest, dass die Jahresrechnung 2014 von der diesjährigen und nicht der letztjährigen Präsidentin unterschrieben werden sollte, also von Petra Spichiger.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Rechnung 2014 hat um Fr. 866'000.00 besser abgeschlossen, als budgetiert. Soweit ist das gut. Wir haben aber immer noch einen Ausgabenüberschuss von Fr. 461'000.00. Obwohl die budgetierten Einnahmen, die die Steuereinnahmen betreffen, fast punktgenau gewesen sind. Es hat unter einzelnen Steuereinnahmen Differenzen gegeben. Aber gesamthaft liegen wir kaum daneben, es sind um die Fr. 63'000.00. Sie sehen, wo es "klemmt". Wir geben mehr aus, als wir einnehmen. Kurz zusammengefasst leben wir auf zu grossem Fuss. Selbstverständlich wird der Ausgabenüberschuss mit dem Eigenkapital abgeschrieben, womit dieses um diesen Betrag abnimmt. Die Abweichungen bei den Steuereinnahmen sind auf Seite 6 bei der Rechnung in der Tabelle beschrieben. Auf Seite 2 ist auch die minime Differenz in den entsprechenden Prozentzahlen unterlegt. Zur Besserstellung gibt es einen Punkt, den man hier sicher herausstreichen darf. Bei den Sozialdiensten

wurden nicht nur mehr Ausgaben generiert, sie schauten auch für eine Besserstellung und erhielten einen Bonus von Fr. 200'000.00, so dass die Mehrausgaben bis auf Fr. 30'000.00 ausgeglichen werden. Das ist erfreulich.

Weniger erfreulich ist auf Seite 18, Punkt 10.1, Selbstfinanzierungsgrad und Punkt 10.2, Selbstfinanzierungsanteil: Die Zahlen sind nicht nur schlecht, sondern sehr schlecht. So kann es in Zukunft nicht weitergehen, sonst geht es über kurz oder lang bergab mit uns und zwar gehörig. Welche Gegenmassnahmen und Schritte in Zukunft unternommen werden müssen, ist nicht Thema des heutigen Abends, Gegenmassnahmen werden im Budgetprozess ergriffen werden müssen. Für Fragen sind wir offen. Die Rechnung ist sauber und klar dargelegt, es sind viele Begründungen aufgezeigt, woher die Differenzen stammen und ich bitte Sie deshalb, die Rechnung zu genehmigen.

Mirjam Veglio, Vize-Gemeindepräsidentin: Ich nehme Stellung zur Frage der GPK auf Seite 11, betreffend Erklärung der hohen Fallzunahme von den budgetierten 2 % auf 21 %. Es ist wichtig zu beachten, dass ein Fall nie gleich ist. Ein "Fall" kann eine Einzelperson sein, mit einem einmaligen, präventiven Gespräch oder es kann eine Begleitung einer kinderreichen Familie über mehrere Jahre hinweg sein. Sowohl der Arbeitsaufwand bei den Sozialdiensten aber auch die finanzielle Auswirkungen dieser Vergleichsbeispiele können absolut unterschiedlich sein, dies als Hintergrund, was ein "Fall" eigentlich ist.

Die Summe der Fälle zeigt ausgedrückt in Zahlen eine Tatsache, nämlich wieviele Menschen im letzten Jahr einerseits auf Hilfe der öffentlichen Hand angewiesen waren oder zumindest um Hilfe bei den Sozialdiensten ersucht haben. Was dabei im Vergleich der Fallstatistik 2014 mit dem Vorjahr auffällt ist, dass vor allem die wirtschaftlichen Hilfe bei Einzelpersonen um 11 und bei Familien um 10 Fälle zugenommen hat. Im Jahr 2014 sind insgesamt 319 Erwachsene und Kinder unterstützt worden, das sind 43 Personen mehr als im Vorjahr.

Die GPK fragt nicht nur nach den Zahlen, sondern nach dem "Warum". Hier wird es schwieriger, weil es verschiedene Einflussfaktoren auf die Sozialhilfe gibt, diese sind sehr vielseitig. Ich kann nicht einfach eine Erklärung ins Feld führen, ich kann mögliche Gründe aufzeigen. Ich picke drei Schwerpunkte heraus. Erstens die gesellschaftliche Entwicklung: Wir haben mehr allein Erziehende, die die Finanzierung von zwei Haushalten stemmen müssen, das heisst, sie haben höhere Fixkosten. Ein anderer Grund ist sicher der Strukturwandel in der Wirtschaft: Wir haben weniger Arbeitsplätze für Hilfsfunktionen. Ich erwähne eine Zahl des Kantons Bern; 28 % der Sozialhilfe Beziehenden arbeiten, von diesen 28% sind 30% vollzeitlich tätig, die sogenannten "Working poors". Sie arbeiten, können aber von einer 100%-Stelle nicht leben.

Ein anderer Einfluss, der möglicherweise für unsere Gemeinde gilt, ist die Demographie, also wie die Gemeinde bevölkerungsmässig zusammengesetzt ist, hier geht es um die Altersverteilung. Immer mehr über 46-jährige werden von der Sozialhilfe abhängig, weil sie nicht mehr in den Arbeitsmarkt finden. Ein Faktor ist der Ausländeranteil, aber auch das Bildungsniveau einer Bevölkerung. Im Verwaltungsbericht auf Seite 78 und 79 stehen noch weitere Ausführungen zum Nachlesen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Selbstverständlich ist auch die zweite Bemerkung der GPK richtig. Vermutlich kam dort, wie vorher erwähnt, eine rechte Maustaste in den Weg (*allgemeine Erheiterung*).

Präsidentin: Nun haben die Fraktionen das Wort.

Markus Burren, SVP: Die SVP-Fraktion dankt David Portner und seinem Team für die gut verfasste Jahresrechnung. Sie ist, wie immer, sehr gut lesbar. Im Jahr 2014 hat uns aber ganz sicher etwas gefehlt: Das ist der Sondereffekt wie im Vorjahr, wo uns die "Lättere ds Charrli zum Dräck usezoge het" und uns half, unsere Rechnung speziell gut darzustellen.

Die Rechnung zeigt auch in diesem Jahr unsere labile Lage auf. Dies trotz Besserstellung beim Nettosteuerertrag um 3,8% oder Fr. 700'000.00 gegenüber dem Vorjahr.

Kurt Jörg hat es vorher gesagt: Der Steuerertrag bleibt knapp und ist mit rund Fr. 63'000.00 unter dem budgetierten Wert. Fazit: Es ist in Zukunft ein noch vernünftigeres Handeln mit dem Finanzhaushalt gefragt. Das unterstreicht insbesondere der schlechte Selbstfinanzierungsgrad. Es ist eingetroffen, was prognostiziert wurde, aber es kann so nicht weitergehen.

Martin Köchli, BDP: Die BDP-Fraktion nimmt von der Rechnung 2014 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 0,461 Mio. also im Vergleich zum Voranschlag einer Saldoverbesserung von Fr. 0,866 Mio. Kenntnis und wird die Rechnung so genehmigen. Trotz dieser Saldoverbesserung ist das auf der einen Seite das schlechteste Ergebnis einer laufenden Rechnung in den letzten Jahren. Auf der anderen Seite verfügt die Gemeinde in der Bestandesrechnung mit zirka Fr. 14 Mio. über genügend Eigenmittel und hat beim Bilanz-Stichtag keine externen Schulden. Weiter stellen wir fest, dass die geplanten Investitionen im Rechnungsjahr mehrheitlich im vorgesehenen Umfang realisiert werden konnten. Die Abweichungen in den Netto-Investitionen sind auf die Rückzahlung des Darlehens des Wasserverbundes Region Bern AG zurückzuführen. Aus unserer Sicht ist das Rechnungsergebnis 2014 somit nicht gut, aber es besteht heute kein Grund für kurzfristige Massnahmen.

Bereits angetönt wurde das Thema Sozialhilfe. Auch dort ist es nicht besorgniserregend, auch wenn die Ausgaben laufend massiv zunehmen, aber wir hatten auch ein paar Fragen und wären froh gewesen, wenn diese bereits im Bericht beantwortet worden wären. Und zwar betreffend den hohen Abweichungen in dem Bereich zum Budget. Ich habe im Archiv nachgeschaut und es war nicht immer so. Wir hatten schon 2011 Ausgaben, die 30 % über dem Budget lagen, im 2012 waren es 34 %, als Spitzenreiter im 2013 109 % und nun wieder 16 %. Da kommen Fragen auf. Im Bericht wurde immer nur auf die Fallzunahmen hingewiesen. Nun bräuchte es Begründungen und Hinweise zu diesem Problem, beziehungsweise eine genauere Betrachtung. Für uns ist das Rechnungsjahr soweit abgeschlossen. Was wir erwarten, ist der Blick in die Zukunft und zwar mit einem ausgeglichenen Budget 2016. Andererseits der verstärkte Fokus auf den schlechten Selbstfinanzierungsgrad in der Finanzplanung. Wir setzen uns hier für längerfristige Massnahmen ein, aber selbstverständlich gilt es auch, ein Augenmerk auf die laufenden Geschäfte zu haben, die wiederkehrende Kosten generieren. Zum Abschluss danken wir Finanzverwalter David Portner, meinem Turnerkollegen Stefan Fässler und den Teams für die geleistete Arbeit während dem Rechnungsjahr und auch denen, die einen Beitrag zur Ausgabendisziplin geleistet haben. Wir möchten die Initiative des Gemeindepräsidenten und des Finanzvorstehers für den Runden Tisch positiv erwähnen. Dieser zielt eben gerade auf längerfristige Massnahmen. Der Nächste findet am 11. Juni statt und die Organisation und Durchführung eines solchen Anlasses in Zeiten, in denen der Abschluss der laufenden Rechnung, die Einführung des HRM2 und bereits das nächste Budget erstellt wird, ist nicht selbstverständlich. Dafür danken wir.

Hans Jörg Rhyn, SP: Es ist einmal mehr erfreulich und wieder ziemlich überraschend: Die Jahresrechnung von Zollikofen wurde besser abgeschlossen als erwartet. Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass sich statt dem budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 1,3 Mio. ein deutlich kleineres Defizit von weniger als einer halben Million ergibt, das ist gerade mal 1 % des Geschäftsvolumens.

Es freut uns, dass nebst tieferen Zahlungen in den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich auch die sorgfältige Arbeit des Sozialdienstes, der mit einem Bonus von Fr. 200'000.00 belohnt wurde, zum besseren Ergebnis beigetragen hat. Wir wissen, dass auch mit sorgfältigster Arbeit die Sozialleistungen nicht immer im gewünschten Mass gesteuert werden können. Der Einfluss externer Faktoren ist da viel zu stark. Gewisse Arbeitgeber in gewissen Branchen kommen da nicht gut weg. Aber letztes Jahr ist es trotz allem gelungen, diesen Bonus zu erhalten und das ist ein gutes Signal.

Die Finanzkommission und der Gemeinderat stellen generell fest, dass in der Verwaltung eine gute Ausgabendisziplin gepflegt wird. Die Budgetwerte wurden in vielen Aufgabenbereichen eingehalten oder unterschritten. Auch das ist ein gutes Zeichen, das bei der weiteren Arbeit beachtet werden muss.

Wir danken dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die ausführliche, gut verständliche Rechnungsvorlage, mit zum Teil neuen Anhängen und neu gestalteten Grafiken. Der Bericht wird immer lesbarer und verständlicher.

Dem Wunsch der Finanzkommission nach einer gleichmässigeren Investitionsplanung schliessen wir uns an. Sonst haben wir keine Wünsche, ausser, dass die künftigen Rechnungen weiterhin abgeschlossen werden können, ohne fremde Schulden auszuweisen. Die beiden noch negativen Finanzkennzahlen "Selbstfinanzierungsgrad" und "Selbstfinanzierungsanteil" sollten, wenn möglich, auch bald ins Positive gedreht werden können. Sie mahnen weiterhin zur Vorsicht bei der Finanz- und Investitionsplanung.

Die SP-Fraktion empfiehlt dem Rat die Jahresrechnung 2014 zur Genehmigung.

Marcel Remund, FDP: Auch die FDP-Fraktion dankt dem Finanzvorsteher, dem Finanzverwalter und seinem Team für die kompetente Führung und Erstellung der Jahresrechnung. Wir werden die Jahresrechnung 2014 genehmigen.

Zum wiederholten Mal schliesst die laufende Rechnung besser als budgetiert ab. Trotz dieser Verbesserung um Fr. 0,9 Mio. gegenüber dem Voranschlag muss die Gemeinde zulasten des Eigenkapitals einen Verlust von Fr. 0,5 Mio. hinnehmen. Somit beträgt das Eigenkapital noch Fr. 14 Mio. und die Gemeinde hatte dank tieferen Nettoinvestitionen auch per Ende 2014 noch keine Schulden bei Finanzinstitutionen.

Man könnte nun zum Schluss kommen, dass die Finanzsituation von Zollikofen noch recht solide ist. Dem ist leider nur auf den ersten Blick so. Wenn man die Finanzpläne betrachtet, schmilzt das Eigenkapital in den nächsten Jahren relativ rasch dahin und Zollikofen muss sich neu verschulden. Es scheint ausserdem fast ein Naturgesetz von öffentlichen Haushalten zu sein, dass die Ausgaben stärker wachsen als die Teuerung. Darum sind stetig neue Lasten und Aufgaben für die Gemeinde abzulehnen. Ausserdem sollten auch bestehende Aufgaben ohne Scheuklappen hinterfragt werden und nicht mehr zwingend notwendige Ausgaben gestrichen werden. Die Gelder unserer Steuerzahler sind zu wertvoll, als dass man diese für Wunschkonzerte jeder Art einsetzt.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die zukünftigen laufenden Jahresrechnungen wieder ausgeglichen gestaltet werden können. Dabei lehnen wir Steuererhöhungen ab. Die FDP wird aktiv am Runden Tisch zu den Gemeindefinanzen mitarbeiten. Ziel muss es dabei sein, dass konkrete Massnahmen auf der Ausgabenseite erarbeitet werden können und somit das Budget, beziehungsweise die Jahresrechnung 2016 keinen Verlust mehr zeigt.

Bruno Vanoni, GFL: Es wurde bereits alles gesagt und deshalb erzähle ich hier nicht auch noch, was ich notiert habe. Ich möchte nur kurz reagieren und sagen, dass wir uns natürlich dem Dank anschliessen für die Abfassung der Rechnung. Ich habe zwei Bemerkungen zu Voten, die am Anfang der Diskussion gefallen sind. Unser Finanzvorsteher hat gesagt, wir würden auf zu grossem Fuss leben und Markus Burren hat gesagt, so könne es nicht mehr weitergehen. Das ist genau die Haltung der Grünen. Wir leben nicht nur im finanzpolitischen Bereich, sondern generell auf zu grossem Fuss. Wenn alle so leben würden wie wir, bräuchte es die Erde dreimal, statt einmal. Wenn man beim Finanziellen Abstriche macht, möchten wir, dass mit derselben Konsequenz auch etwas dagegen getan wird, dass wir zulasten der Umwelt und zulasten der kommenden Generationen auf zu grossem Fuss leben. Ein Hinweis zum Rechnungsabschluss: Wenn man schaut, auf welche Faktoren Besserstellungen und Schlechterstellungen zurückzuführen sind, die grossen Beträge also, stellen wir fest, dass

sehr vieles mit Lastenausgleich Ausgleichszahlungen zu tun hat oder mit irgendwelchen buchhalterischen Operationen, also Wertberichtigungen oder ähnliches. Am Runden Tisch und in der Budgetdiskussion im Oktober könnten wir mit ein paar Diskussionen, Wunschbedarfaufgaben und Einzelposten die Verhältnisse grundlegend verbessern.

Unser Anliegen am Runden Tisch, bei dem wir auch dabei waren ist, dass dort nicht dieselbe Arbeit gemacht wird, wie in der Finanzkommission und jeder Budgetposten dreimal gedreht wird vor dem Durchwinken. Dort sollen grundlegende Fragen gestellt werden und eben nicht nur bei den frei gewählten Aufgaben der Gemeinde, welche einen kleinen Bereich im Budget ausmachen, sondern auch bei den Aufgaben, die die Gemeinde erfüllen muss. Dort muss man sich fragen, ob man die Aufgaben effizient und wirksam erfüllt. Ich bin gespannt, die erste Runde des Runden Tisches fanden wir super. Gut vorbereitet und strukturiert und wir sind gespannt auf die nächste Runde.

Toni Oesch, FdU: Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 461'000 ab. Das ist ein Drittel des Betrages von Fr. 1'327'000.00 der budgetiert wurde. Die Besserstellung gegenüber dem Budget macht also Fr. 866'000.00 aus. Letzten Oktober ist ein Defizit von noch Fr. 1'272'000.00 prognostiziert worden, also eine Besserstellung von nur Fr. 55'000.00. Die Finanzsituation der Gemeinde Zollikofen kann nicht gerühmt werden. Das Eigenkapital macht nur noch 9,6 Steuerzehntel aus.

Alle bernischen Gemeinden weisen im Durchschnitt 12 Steuerzehntel aus. Der Cash Flow ohne die Spezialfinanzierungen beträgt Fr. 1'515'000.00 und gegenüber dem Jahr 2013 Fr. 350'000.00 weniger. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 34 % ungenügend. Gut ist, dass Ende 2014 der steuerfinanzierte Haushalt schuldenfrei ist. Anlässlich der November-Sitzung letzten Jahres beim Geschäft Landverkauf in der Schäferei, habe ich auf die Tatsache hingewiesen, dass in den letzten zwei Jahren die Gemeinde im Steuerhaushalt keine Schulden mehr gehabt hat. Darauf hat Herr Bähler von der SVP erwidert, das stimme nicht und gesagt „*Es wurden lediglich keine Fremdmittel aufgenommen, Zollikofen hat bei den eigenen Werken Schulden, aber der Steuerhaushalt ist nicht schuldenfrei*“. Ich habe darauf nichts gesagt, ich habe wie immer in solchen Fällen gedacht, „*si tacuisses philosophus mansisses*“, d.h. wenn er geschwiegen hätte, hätte man nicht gemerkt, dass er von Gemeindefinanzen nicht viel versteht. Er hat ja damit den Landverkauf in der Schäferei rechtfertigen wollen, weil die Schuldenmacherei voraussehbar ist, mit den überhöhten zukünftigen Investitionen, wie zum Beispiel der Kindergarten-Neubau.

Alle reden von Sparen, aber das sind nur Vorsätze. Der Spruch heisst ja: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert“. Nur ein Beispiel, wie ich vorhin schon angetönt habe: Statt die schützenswerten Kindergärten am Lindenweg nicht abzubrechen, wie es die Kindergärtnerinnen empfohlen haben, setzt man unnötigerweise Fr. 800'000.00 drauf, um auf der Häberlimatte einen grossen Neubau zu erstellen.

Thomas Ackermann, CVP: Eigentlich hat sich Denise Mellert auf dieses Traktandum vorbereitet, aber sie ist kurzfristig ausgefallen. Ich bringe hier ein Konzentrat aus ihrem Votum. Die CVP ist froh, ist der Abschluss der Jahresrechnung positiver ausgefallen als budgetiert. Auch bei uns ist das Thema Disziplin im Zentrum. Die beeinflussbaren Budgetposten können eingehalten oder unterschritten werden, wenn alle Beteiligten diszipliniert arbeiten. Dafür sind nicht nur Verwaltung oder Gemeinderat zuständig sondern auch wir im GGR sind gefragt, Disziplin walten zu lassen. Es geht nicht mehr lange und wir sind wieder hier am diskutieren und verabschieden das Budget 2016.

Peter Kofel, GFL: Ich habe nur eine Frage zum Bericht und Antrag, Seite 2. Dort hat es eine Grafik. Ich mag Grafiken und schaue sie manchmal etwas genauer an. Da ist mir aufgefallen, dass irgendetwas bei den rotgestrichelten Balken im Jahr 2014 nicht stimmen kann. Und zwar ist der Gap von 0 bis näher an minus 1, das heisst, dann wären es über minus 500'000. Aber eigentlich ist es nur minus 461'000. Gibt es hierfür eine Erklärung?

David Portner, Finanzverwalter: Ich habe es nicht nachgemessen. Die Differenz beträgt fast 500'000, vermutlich ist es etwas zu weit unten. Ich müsste es in der Tabelle nachschauen. Achtung mit solchen Grafiken. Beim Kopieren von Berichten von Excel ins Word gibt es manchmal "dank" Microsoft auch Korrekturen. Wir werden das nochmals anschauen.

Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung. Bitte sagen Sie jeweils, auf welcher Seite Sie sind, bei welchem Konto, damit wir nachvollziehen können, worüber Sie sprechen. Wir gehen den Farben nach. Zuerst hat die GPK das Wort, dann der Gemeinderat und im Anschluss die Ratsmitglieder.

*Vorbericht (S. 1-20, weiss):*

Johanna Thomann, GPK: Die GPK hat Ihre Anmerkungen bereits gemacht. Zu den weiteren Themen haben wir keine Bemerkungen mehr.

Präsidentin: Dann haben wir nur noch Gemeinderat und Ratsmitglieder, die sich äussern werden.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 3, Ziffer 6.1, Laufende Rechnung: Ausgewiesen werden vor allem Besserstellungen gegenüber dem Budget Fr. 871'000.00 und die Schlechterstellungen mit Fr. 687'000.00, das macht pro Saldo eine Besserstellung von Fr. 184'000.00 aus. Aber sie beträgt gesamthaft Fr. 866'000.00. Gerade ein paar grosse Posten der Kostenstellen "Soziale Wohlfahrt" und "Finanzen" mit den Steuern werden nicht aufgeführt. Im ganzen Bericht wird auf den weissen Seiten immer nur der Vergleich zu den budgetierten Werten gezogen.

Es ist wünschenswert, dass auch die Abweichungen gegenüber den effektiven Zahlen des abgeschlossenen und geprüften Vorjahres gezeigt werden, hier das Jahr 2013. Damit würde der Aussagewert bedeutend mehr Gehalt erfahren und keine falschen Schlüsse gezogen. Wenn wir zum Beispiel unter 6.1 "Rechnungsergebnis" den Minderaufwand "Lastenausgleich Öffentlicher Verkehr" nehmen, beträgt der Minderaufwand gegenüber dem Budget Fr. 224'000.00, gegenüber dem Jahr 2013 beträgt er jedoch Fr. 83'000.00, also Fr. 141'000.00 weniger.

Beim Minderaufwand "Lastenausgleich Ergänzungsleistungen" EL wird die Besserstellung gegenüber dem Budget mit Fr. 102'000.00 ausgewiesen, gegenüber 2013 sind es Fr. 169'000.00, also Fr. 67'000.00 mehr.

Krass ist der Unterschied beim "Lastenausgleich Sozialhilfe": Dort wird ein Mehraufwand gegenüber dem Budget von Fr. 230'000.00 ausgewiesen, gegenüber dem Jahr 2013 resultiert jedoch ein Minderaufwand von Fr. 156'000.00.

Auf die Steuern komme ich dann bei den rosa Seiten zurück.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Zur ersten Bemerkung: Die grossen Abweichungen sind hier aufgeführt. Sie sehen auch, woher der grosse Rest kommt, das sind alles kleine Einzelposten. Wir haben nirgends eine Möglichkeit, eine Million zu streichen. Wir haben die Möglichkeit, kleine Sachen zu reduzieren, anzuschauen und zu überprüfen.

Toni Oesch, FdU: Ich zeige es Ihnen dann bei den Steuern; Sie haben nur Fr. 64'000.00 drin, ich zeige Ihnen dann aber die Millionen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Gut.

*Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 21 - 22, hellgelb)*

Keine Bemerkungen.

*Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 23 - 24, grün)*

Keine Bemerkungen.

*Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 25, rosa)*

Keine Bemerkungen.

*Artengliederung Laufende Rechnung (S. 26 – 30, weiss)*

Keine Bemerkungen.

*Artengliederung Investitionsrechnung (31 – 33, weiss)*

Keine Bemerkungen.

*Abschreibungstabelle (S. 34 - 35, hellblau)*

Keine Bemerkungen.

*Verpflichtungskreditkontrolle (S. 36 - 41, gelb)*

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe eine Frage zu Seite 37, Konto 217.503.48, Mehrzweckhalle Geisshubel Sanierung. In der hintersten Spalte ist eine Kreditüberschreitung ersichtlich, von Fr. 269'381.55. Meine Frage: Ist diese Kreditüberschreitung auf die Probleme mit dem alten Dach zurückzuführen, das im Verwaltungsbericht auf Seite 43 erwähnt ist oder sind noch andere Faktoren im Spiel? Ist das alles an Mehrkosten oder könnten noch welche dazukommen aus diesem Jahr? Und noch eine Frage, die man vielleicht gar nicht beantworten kann: Ist das ein Hinweis darauf, dass man in der Debatte im GGR ein Kostendach will? Hat der GGR das zu tief gedrückt und konnte er so das Projekt zu diesem Preis gar nicht realisieren? Noch etwas polemischer gefragt: Hätte man nicht besser einen Neubau realisiert?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Grundsätzlich sind die Mehrkosten durch die Sanierung des Flachdaches verursacht worden. Aber es gibt noch andere Mehrkosten. Ob damit alles erledigt ist? Leider nein. Wir haben noch kleinere Posten, die wir im Gemeinderat diskutieren werden in Zusammenhang mit der Heizung. Von Dritten werden wir rund Fr. 280'000.00 erhalten, das ist so im Investitionsplan festgelegt, aber wir können das nicht mit dem Kredit abrechnen, das ist getrennt und einige von Ihnen haben sich sicher die Frage gestellt, warum man mit dem Nachkredit nicht in den GGR gekommen ist. Die Kompetenz ist klar geregelt: Bis zu 10% des bewilligten Kredites ist der Gemeinderat zuständig. Diese Grenze werden wir auf keinen Fall überschreiten.

*Nachkredittabelle (S. 42 - 44, weiss):*

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den rosa Seiten, Laufende Rechnung, wo es Kontonummern hat. Wenn jemand eine Bemerkung hat, machen wir das kapitelweise:

*Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung (S.45 – 47)*

Keine Bemerkungen.

### 1 Öffentliche Sicherheit (S. 47 – 49)

Keine Bemerkungen.

### 2 Bildung (S. 49 – 52)

Dubravka Lastric, GFL: Konto 210.310.01, Büromaterial, Drucksachen und Inserate: Die Ausgaben liegen mehr als 150% über dem Budget. Ich danke dem Finanzverwalter für die Antwort, dass mehr Aufwand durch die Übersetzungen in den Primarschulen entstanden ist. Hier möchte ich auch meinen Lehrerkollegen ein grosses Lob aussprechen, dass sie diese professionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Denn so wie es aussieht, werden wir noch vermehrt in Übersetzungen investieren müssen. Ich möchte anregen, dass wenn im Verwaltungsbericht Themen wie "Arbeitsinhalte" differenziert dargestellt werden, man dies auch bei den Übersetzungen der Elterngespräche tun könnte. Zum Beispiel, dass es um Schulübertritte ging, um persönliches. Hier könnte man auch mit einem Integrationsprogramm Hilfe leisten. Denn die Kosten werden steigen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Nein, die Antwort ist gegeben worden.

### 3 Kultur und Freizeit (S.52 – 54)

Keine Bemerkungen.

### 4 Gesundheit (S. 54 + 55)

Keine Bemerkungen.

### 5 Soziale Wohlfahrt (S. 55 – 57)

Toni Oesch, FdU: Seite 56 Altersheime, Rubrik 570.469.01, Abgeltung "Infrastruktur Altersheim", Ertrag Fr. 237'920.00. Das ist so etwas wie ein Baurechtszins. Die Führung eines Altersheims durch die Gemeinde ist somit sehr ertragsreich, im Gegensatz zu dem, was Hans Krebs anlässlich der ominösen Sitzung des Altersheimvereins gesagt hat, als es um die Schliessung unseres Heimes gegangen ist. Er hat gesagt, für die Gemeinde werde es bei der neuen Finanzierung unmöglich sein, ein Heim zu führen. Damit ist die Abstimmung innerhalb des Vereins massgeblich beeinflusst worden und damit auch die Volksabstimmung. Neben ihm ist damals Kurt Jörg gesessen und hat nichts dagegen gesagt.

Hans Krebs hat mir vorher noch gesagt, er sei gegen die Schliessung. Er ist Präsident der Baukommission Betagtenheim gewesen. Sein Arbeitgeber hat für eine Million Franken Fenster und Türen geliefert.

Letztes Jahr hat es geheissen, dass das neue Alters- und Demenzzentrum an der Bernstrasse von der Stiftung des Oelmagnaten Waser an die BDO Treuhand übergegangen sei. Im Handelsregister nach Money House ist die BDO lediglich Revisionsstelle. Verwaltungsrat dieser Unternehmung ist der Luzerner Ständerat Konrad Graber, Berufskollege von mir. Die zukünftige Betreiberin, die Senevita AG, ist bekanntlich vom französischen Konzern Orpeda gekauft worden. Das Personal unseres Heimes wird zu den gleichen Bedingungen wie bis jetzt von der Senevita übernommen, aber nur mit Zusicherung einer begrenzten Zeit. Die Gewerkschaft VPOD hat festgestellt, dass das Pflegepersonal in privaten Heimen im Schnitt im Monat Fr. 800.00 weniger verdient als in staatlichen Heimen. Das kann man nachlesen in der Sonntags-Zeitung, wahrscheinlich vom 28. September 2014.

Weniger bekannt ist die Tatsache, was Hobi und Konsorten eingefädelt haben, nämlich dass die freiwilligen Helferinnen und Helfer auch ins neue Zentrum wechseln würden, selbstverständlich ohne Entgelt. Abgeschlossen wird ein Leistungsvertrag zwischen Senevita und dem Altersheimverein, mit Abgeltung an den Verein. Als Alibi wird jetzt zur freiwilligen Arbeit in der ganzen Gemeinde aufgerufen, unter dem Namen „Zollikofen mitenang“. Zu Lasten des Altersheimvereins ist eine Koordinatorin angestellt worden. Man kann sich fragen, warum diese Aktion nicht früher ins Leben gerufen worden ist.

Es geht ein hartnäckiges Gerücht um, unser intaktes Betagtenheim mit schönem Park, werde zum Asylantenzentrum. Ich frage deshalb den Gemeinderat an: Wer interessiert sich als Käufer für das Heim und wie ist der Stand der Dinge?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Zum Stand der Dinge Verkauf Betagtenheim. Dies hat der Gemeinderat dies öffentlich publiziert. Dort wurde der Fahrplan bekanntgegeben. Die interessierten Firmen können bis Ende Juni ein Angebot machen und sagen, wie das Gebäude inskünftig genutzt werden soll. Danach wird der Gemeinderat eine Auswahl treffen, sowohl Preis wie auch Nutzung sind gleich wichtig, bei der Nutzung gilt es insbesondere zu beachten, dass wir dort in einem Wohnquartier sind. Es muss also verträglich bleiben. Schlussendlich wird das Parlament hier dem Akt des Verkaufes zustimmen oder ablehnen. Der Entscheid bleibt beim Parlament.

#### *6 Verkehr (S. 57 bis 59)*

Keine Bemerkungen.

#### *7 Umwelt und Raumordnung (S. 59 – 63)*

Keine Bemerkungen.

#### *8 Volkswirtschaft (S. 63 - 64)*

Keine Bemerkungen.

#### *9 Finanzen und Steuern (S. 64 – 66)*

Toni Oesch, FdU: Seite 64, Finanzen und Steuern. Zur Erinnerung: Auf Seite 3 der weissen Seiten, drittunterste Zeile wird ein Minderertrag der Steuern von Fr. 64'000.00 ausgewiesen. Bei den Steuerrubriken lohnt es sich auch, die Vergleiche der Jahresrechnung nicht nur zum Budget anzustellen, sondern auch zum Vorjahr 2013.

Gesamtrubrik 9, Finanzen und Steuern: 2014 Netto-Ertrag Fr. 18,9 Mio, Budget 19,1 Mio., macht eine Minus-Differenz von -Fr. 175'255.00. 2013 Netto-Ertrag Fr. 18,2 Mio., ergibt jedoch eine Plus-Differenz von + Fr. 701'000.00, das bedeutet, statt weniger Steuereinnahmen sind es Mehreinnahmen. Dieser Unterschied von Minus zu Plus ist also eklatant.

Rubrik 90 Steuern: 2014 Netto-Ertrag Fr. 23,062 Mio., Budget Fr. 23,056 Mio., gleich Plus-Differenz + Fr. 6'000.00 2013 Netto-Ertrag Fr. 22,445 Mio., ergibt eine Plus-Differenz + Fr. 617'000.00, auch enorm.

Rubrik 900 obligatorische periodische Steuern: 2014 Netto-Ertrag Fr. 20,7 Mio., Budget Fr. 21,0 Mio., gleich Minus-Differenz -Fr. 21'300, 2013 Netto-Ertrag Fr. 20,1 Mio., ergibt auch hier eine Plus-Differenz von sogar + Fr. 668'000.00 also ein sehr beträchtlicher Unterschied.

Wie steht es bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen in der Rubrik 900.400.01?  
Zu den Steuern schreibt die Finanzkommission: „...und der Minderertrag ist vorab bei den Einkommenssteuern von natürlichen Personen auszumachen.“ Auch in der Mitteilung der

Gemeinde an die Medien steht: „Bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen sind entgegen dem veranschlagten Wert beim laufenden Steuerjahr Mindererträge zu verzeichnen“. Hier ist der Vergleich auch krass: 2014 Ertrag Fr. 17,8 Mio., Budget Fr. 18,0 Mio, gleich Minus-Differenz – Fr. 232'000.00 2013 Ertrag Fr. 17,4 Mio., aber auch hier eine Plus-Differenz, und zwar + Fr. 403'000.00 also Mehrertrag. Peter Bähler ignoriert unter dem Balken SVP im MZ vom 9. April genau diese Tatsache, desgleichen auch René Ritter mit der sogenannten „bürgernahen Politik“.

Die Stimmungsmache für zu tiefe Steuereinnahmen hat System. Man kann ableiten, dass damit versucht wird, eine Steuererhöhung durchzudrücken. Auch bei der Budgetierung werden immer nur die Budgetzahlen des Vorjahres verwendet, statt bei wichtigen Posten, wie es die Steuereinnahmen sind, auch die tatsächlichen Zahlen des Jahres vorher. Aber dazu hat David Portner gesagt, das könne man nicht.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern? Das ist nicht der Fall.

*Investitionsrechnung; Detail (S. 67 - 72, orange)*

Keine Bemerkungen.

*Bestandesrechnung; Detail (S. 73 - 79, grün)*

Keine Bemerkungen.

*Anhänge 1 - 3 (S. 80 - 82, weiss)*

Keine Bemerkungen.

*Zusatzauswertungen (S. 83 -92, weiss)*

Präsidentin: Damit haben wir die Rechnung 2014 beraten. Wir kommen nun zur Produkterechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2014 für die Sekundarstufe I. Zu den allgemeinen Bemerkungen.

Patrizia Zangger, GPK: Gemäss dem vom Gemeinderat geänderten Evaluationskonzept werden die bis anhin jährlich gestellten Fragen zur Überprüfung nur noch alle zwei Jahre gestellt. Bei der Evaluation 2014 wurden konzeptgemäss andere Fragen gestellt. Dazu haben wir zwei Fragen. Im Anhang heisst es, es seien 175 Fragebogen zurückgekommen. Wieviele wurden versandt? Zweitens: Hat man irgendwelche Schlussfolgerungen aus dem Kommentar der Schulleitung ziehen können, betreffend Elternrat? Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass die Berichterstattung des Gemeinderates zur Zielerreichung gemäss Produktedefinition keine Aussage macht. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Zu den ausgeteilten Unterlagen: Es waren 241 Exemplare, zurückgekommen sind 175. Es haben aber viele Familien zwei Kinder. Bei den 2-jährlichen Schülerbefragungen kamen fast alle zurück, hier muss man mit ein paar Verlusten rechnen.

Schlussfolgerung für den Elternrat: Wir sind sicher nicht glücklich mit der Situation, auch die Kommission nicht. Aber die Aussagen der Eltern sind ziemlich klar, man kann die Eltern nicht zwingen, dem Elternrat beizutreten. Ein Grossteil dieser Eltern war von der 1. bis zur 6. Klasse aktiv und findet, dass es ganz gut läuft und man sich hier nicht einmischen muss.

Präsidentin: Danke, wir bleiben bei den allgemeinen Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat sich äussern? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Fraktionen: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Bemerkungen der Ratsmitglieder? Keine Bemerkungen. Wir gehen die Produkterechnung nun im Einzelnen durch.

*Produkt 1 Unterricht*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 2 Kultur und Projekte*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 3 Gesundheit und Soziales*

Keine Bemerkungen.

*Produkt 4 Information und Zusammenarbeit*

Keine Bemerkungen.

*Anhang 1a*

Keine Bemerkungen.

Präsident: Damit haben wir die Produkterechnung NPM beraten und ich stelle fest, dass wir das so zur Kenntnis genommen haben. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Jahresrechnung, so wie sie vorliegt, zustimmen will, soll die Hand erheben.

### **Abstimmung**

**Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:**

- 1. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2014 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 351'034.55 wird Kenntnis genommen.**
- 2. Die Jahresrechnung für das Jahr 2014, abschliessend mit:**
  - **einem Aufwandüberschuss von Fr. 461'472.79;**
  - **Nettoinvestitionen von Fr. 2'109'765.65;**
  - **Eigenkapital von Fr. 13'956'655.18;****wird genehmigt.**

Präsidentin: Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und auch dem Gemeinderat für die klare Berichterstattung danken. Dies ermöglicht auch ein zügiges Durcharbeiten der Rechnung.

---

24 20.441. Sportzentrum Hirzenfeld

**Sportzentrum Hirzenfeld, Investitionskostenbeitrag für Sanierungen;  
Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsidentin: Das Eintreten auf dieses Geschäft ist vorgegeben, die GPK hat das Wort.

Marianne Pfister, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Fraktionen: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall, die Ratsmitglieder haben das Wort.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

**Präsidentin: In Anwendung von Artikel 53 GOGGR stelle ich fest: Die Abrechnung über den Verpflichtungskredit des Investitionskostenbeitrages für die Sanierung des Sportzentrums Hirzenfeld im Betrage von Fr. 422'497.20 mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 16'802.80 wird zur Kenntnis genommen.**

---

25 1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung

**Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung; Ersatzwahl**

Präsidentin: Mit Schreiben vom 7. März 2015 gibt Jürg Immer, SVP, seinen Rücktritt als Mitglied der Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung per Ende März 2015 bekannt. Es ist eine Ersatzwahl für die Amtsdauer ab sofort bis 31. Januar 2017 vorzunehmen. Die SVP wurde ersucht, eine Ersatzkandidatin, beziehungsweise einen Ersatzkandidaten vorzuschlagen. Bislang ist kein Vorschlag eingegangen. Gibt es heute einen Namen?

Markus Burren, SVP: Die SVP-Fraktion hat jemanden aus dem GGR gefunden und schlägt Marco Bucheli vor.

Präsidentin: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. **Ich erkläre Marco Bucheli in Anwendung von Artikel 56 GOGGR als neues Mitglied der Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung gewählt.**

---

26 1.201.10 Kommission für öffentliche Anlässe

**Kommission für öffentliche Anlässe; Ersatzwahl**

Präsidentin: Dieses Traktandum, ich habe es eingangs gesagt, lassen wir aus, es wird auf die nächste Sitzung verschoben, weil wir keine Kandidatur haben. Aber wir haben noch einen Monat Zeit.

27 1.92.2 Postulate

**Überparteiliches Postulat betreffend "Zusammenarbeit Münchenbuchsee – Zollikofen"; Erheblicherklärung**

Der Bericht des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Es geht um die Erheblicherklärung. Die Postulanten haben das Wort. Wer ergreift dieses?

Johanna Thomann, FDP: Im letzten Jahr fand die Grenzbegehung Zollikofen- Münchenbuchsee statt. Eingeladen wurden alle Mitglieder des GGR in Buchsi und Zollikofen. 48 Gemeinderäte, Parlamentarier und Parlamentarierinnen waren an diesem Nachmittag dabei. Sie wurden parteipolitisch und wohnsitzmässig durchmischt in drei Gruppen eingeteilt und konnten nach einem Inputreferat von Fachpersonen an drei Posten Fragen diskutieren. Das wurde protokolliert.

Die Ziele waren vorher und nachher klar formuliert. Erstens: Dass man einander besser kennen lernen möchte. Spüren, wie die anderen ticken, hören, was sie denken. Das zweite Ziel war immer, dass die Begnung mehr sein soll als eine glitzernde Seifenblase, die schön ist und dann zerplatzt, nach dem Motto "es war schön und fertig". Aus diesen Protokollen wurde das Postulat zusammengestellt, mit den beiden Ratsbüros bereinigt und überparteilich eingereicht. Kurz, das Postulat ist breit abgestützt, in Münchenbuchsee und in Zollikofen. Als ich gehört habe, dass diesem Postulat ein kalter Wind entgegenwehen soll, fand ich es etwas eigenartig. Zugegeben: Der Bericht und Antrag des Gemeinderates ist sehr offen, vielleicht etwas salopp formuliert und könnte einem eventuell etwas Angst machen. Aber ich möchte deutlich darauf hinweisen, dass es im Bericht und Antrag heisst: "Zum Beispiel in folgenden Bereichen". Es ist also eine Ideensammlung, bei der man prüft, wo man die Zusammenarbeit verstärken oder Neues knüpfen könnte. Ein Postulat ruft den Gemeinderat auf, etwas zu prüfen, ob es dann umgesetzt wird, wird in einem nächsten Schritt entschieden. Selbstverständlich mit der Abwägung des Aufwandes, der Effizienz und der Kosten. Ich bitte Euch, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und das Postulat erheblich zu erklären.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Ergänzungen?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat bedankt sich vorab für die anlässlich der Grenzbegehung vom September 2014 gemachten Gedanken und Inputs seitens der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, was die Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee anbelangt, und nun ihren Niederschlag in diesem Postulat gefunden haben.

Die überkommunale Zusammenarbeit – insbesondere mit Münchenbuchsee – hat eine lange Tradition. Seit Jahren finden beispielsweise zwischen den Angehörigen des Verwaltungskaders und den Gemeindepräsidien regelmässige Absprachen und Erfahrungsaustausche statt. Aber auch in Sachgeschäften gehört die Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee zum festen Bestandteil in der Geschäftsabwicklung. Als grosse und wichtige Beispiele seien hier der Umbau des Bahnhofareals Zollikofen inkl. ESP sowie die gemeinsame Trägerschaft am Sportzentrum Hirzenfeld erwähnt. Bei beiden Themen konnte so eine speditive und lösungsorientierte Zusammenarbeit registriert werden, was der Realisierung der Vorhaben förderlich war.

Gegen eine Weiterführung der bewährten Zusammenarbeit mit der Gemeinde Münchenbuchsee spricht auch in Zukunft nichts. Der Gemeinderat wird sich dabei am Verfassungsgrundsatz ausrichten, wonach die Zusammenarbeit mit Dritten insbesondere dann näher zu prüfen ist, wenn die Aufgaben dadurch wirksamer oder kostengünstiger erfüllt werden können.

Wie bereits gesagt, die Zusammenarbeit wird auch ohne dieses Postulat weitergepflegt. Als zusätzlicher Punkt wird der Gemeinderat im Postulat ersucht, dass dem Parlament ein förmlicher Bericht zugestellt wird, worin über die nächsten Schritte informiert werden soll. Die im Anhang zum Postulat aufgeführten Punkte nehmen wir als mögliche Themen auf, behalten uns jedoch vor, Themen wegzulassen oder auch nicht erwähnte dazu zu nehmen.

In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen. Auch dieses Vorgehen haben wir mit Münchenbuchsee abgesprochen, da auch dort ein analoger Vorstoss eingereicht worden ist, welcher vom Gemeinderat Münchenbuchsee ebenfalls zur Annahme empfohlen wird.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Marco Bucheli, SVP: Wie Ihr seht, hat die SVP das Postulat nicht unterschrieben. Nicht, weil uns die Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee nicht wichtig ist. Im Gegenteil: Wir haben uns bereits verschiedentlich für Gemeinsames mit Münchenbuchsee eingesetzt und werden das auch in Zukunft tun – ohne heutiges Postulat!

Unsere Fraktion wird einstimmig den Bericht und Antrag nicht erheblich erklären aus folgenden sachlichen Gründen:

- Es handelt sich um ein „Monster-Postulat“ mit zu vielen Punkten. Die Einheit der Materie wird arg strapaziert! Im fünfseitigen Postulat hat es nicht weniger als 10 Fragen aus der Grenzbegehung und Vorschläge zum Prüfen 2a, 2b, 2c, 2d, nein ich höre auf, es sind 19 Stück.
- Viele Punkte sind nicht in der Kompetenz des GGR – Fast alle verursachen aber wiederkehrende Kosten, die in der jetzigen Finanzlage quer in der Landschaft stehen. Für uns ist das der Hauptgrund für die Ablehnung.
- Die aufgeführten Punkte in der Kompetenz des GGR sind kaum innert nützlicher Frist zu bearbeiten. Sie bleiben so eine Dauerbeschäftigung für Verwaltung und Politik.
- Er enthält viele Wünsche von einzelnen Parlamentariern, die nicht der Realität oder der grossen Masse der Bevölkerung entsprechen. So hat Münchenbuchsee bereits vor dem Einreichen Anpassungen vorgenommen.
- Fast alle aufgeführten Punkte sind im Bereich Wunschbedarf anzusiedeln und nur mit Kostenfolge zu realisieren. Wir sind klar gegen das Erteilen eines Blanko-Schecks. Wenn aber jemand konkret ein Anliegen oder einen Vorschlag hat, dann hat niemand anders besser die Möglichkeit als wir hier im GGR, dies zu platzieren (aber bitte konkret).

Wie gesagt: Die beiden Gemeinden/Gemeinderäte arbeiten bereits jetzt eng zusammen und sollen dies auch in Zukunft weiterhin tun. Wir möchten diese Gemeinsamkeiten nicht stoppen, wie sie z.B. beim Schneepflug, Bahnhof, Hirzi besteht. Übrigens, das Allmendquartier hat auch die PLZ von Zollikofen.

Aber wenn es doch schon so gut funktioniert, dann lasst uns dies nicht übergeordnet mit Papierkrieg und grossem administrativem Aufwand überdecken. Deshalb werden wir heute Abend das Postulat ablehnen.

Toni Oesch, FdU: Ich muss eine Bemerkung machen, einerseits zum Bericht des Gemeinderates und dann möchte ich noch schildern, welche Geschichte sich dahinter verbirgt

Präsidentin: Sie haben zehn Minuten Redezeit.

Toni Oesch, FdU: Das ist aber sehr nett. Seite 1, im unterster Abschnitt heisst es: „Die Stossrichtung des Postulates bei der Aufgabenerfüllung gehörte bereits in der Vergangenheit zum courant normal“. Das stimmt nur zum Teil; denn in den 70-er und 80-er Jahren hat Peter Wyss, SP, im Gemeinderat stets gegen Münchenbuchsee agiert, obwohl er von dort kam. Als Beispiel: Als der Gemeinderat von Buchsi den Gemeinderat von Zollikofen zu einer öffentlichen Veranstaltung betreffend ein gemeinsames Schwimmbad eingeladen hat, hat Zollikofens Gemeinderat abgelehnt. Ich habe mich nicht daran gehalten und bin hingegangen.

Und etwas rufe ich in Erinnerung: Durch Sport- und Arbeitskollegen vom Allmend-Quartier sind wir Unabhängigen vor etlichen Jahren gebeten worden, im GGR die Eingemeindung zu Zollikofen zu verlangen, weil die Buchser-Behörden dieses Quartier vernachlässigten. Unser Vorstoss ist hier abgelehnt worden. Danach hat sich die Situation anscheinend verbessert. Aber vor etwa drei Jahren haben wir einen Brief vom Allmendquartier erhalten, um nochmals einen solchen Vorstoss wie damals zu lancieren. Wir haben danach anders reagiert.

Nach dem Krieg erst ist ein Teil des Buchsiwaldes gerodet worden. Von der Kirchlindachstrasse bis zum Bahnhof Zollikofen konnte man durch den Wald gehen. Das Klima von Zollikofen hat sich vor allem bei Bise verschlechtert. Während etlicher Jahre lagen die Stöcke herum. Deshalb heisst das Quartier Allmend. Als Erste haben die Mormonen ein grosses Stück Land gekauft. Dann hat die Migros für die Jowa Bäckerei Land gekauft. Die Jowa wollte zuerst in Lyss bauen, aber die BKW wollte keinen Strom liefern. Die Stadt Bern ist dann eingesprungen, Gas zu liefern. Deshalb ist Zollikofen durch diese Leitung früh zu Gas gekommen.

Ich weiss gar nicht, warum ich nun nicht unterschrieben habe, ich war vielleicht nicht da, oder man hat mich nicht gefragt, in der Annahme, ich sei dagegen, aber ich bin dafür.

Karin Hadorn, BDP: Nachdem die erste Euphorie abgeklungen war, haben wir das Ganze nochmals neu überdacht. Wir haben festgestellt, dass es aus unserer Sicht zuviel ist, zuwenig konkret und dass die Zusammenarbeit bereits sehr gut funktioniert. Dazu kommt, sobald es um die konkrete Umsetzung geht, dass es kostenwirksam wird. So kamen wir von der BDP zum Schluss, dass wir das Postulat ablehnen.

Thomas Ackermann, CVP: Ich habe das überparteiliche Postulat bekanntlich auch unterschrieben, allerdings ohne wirklich davon überzeugt zu sein. Aber ich war der Meinung, dass der GGR über diesen Vorstoss befinden soll. Und jetzt ist es eben soweit.

In der Vorbesprechung sind wir von der CVP zur Meinung gelangt, die Erheblicherklärung dieses Postulats nicht zu unterstützen. Für uns haben folgende Gründe den Ausschlag gegeben:

- Wie es im Bericht und Antrag steht, ist die Stossrichtung des Postulats bereits „courant normal“, ist der Austausch seit vielen Jahren institutionalisiert, hat die regionale Zusammenarbeit eine lange Tradition.
- Die Freiheiten, die das Postulat dem GR zugesteht, lässt den Inhalt des Berichts an den GGR leicht erahnen. Der Bericht wird etwa folgendermassen Stellung nehmen:
- Die Seite Zollikofen des ESP Bahnhof Zollikofen wird im Rahmen der Ortsplanung behandelt. Das Hochhaus auf diesem Gebiet ist auch im REK bereits erwähnt worden. Kein weiterer Handlungsbedarf.
- Das neue Integrationsgesetz ist seit 1.1.2015 in Kraft und regelt das Nötige. Die Angebot des KARIBU und die Leistungsvereinbarung bestehen bereits seit Jahren und dienen der Sache gut. Kein weiterer Handlungsbedarf.
- Es gibt seit Jahren ein regionales Kursprogramm, kommuniziert unter anderem im MZ und mit dem Regenbogenflyer. Kein weiterer Handlungsbedarf.

- Auch laut Dr. Daniel Arn hat sich die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Sportzentrum Hirzenfeld bewährt. Ein Leistungsvertrag regelt das Nötige. Kein weiterer Handlungsbedarf.
- Eine gemeinsame GGR-Sitzung hat im Bedarfsfall schon stattgefunden. Der bereits eingetretene Bedarfsfall ist mir natürlich in Erinnerung geblieben, weil ich damals als GGR-Präsident diese Sitzung führte. Es ging damals um das Sportzentrum Hirzenfeld. Kein weiterer Handlungsbedarf.

Weiter fragen wir uns:

- Betreffend Allmendquartier: Nebst dem Interesse von Münchenbuchsee, aus diesem Quartier mehr Steuergeld zu erhalten: Besteht da wirklich ein ernsthaftes Interesse, hier etwas zu ändern?
- Betreffend Amphibienweiher: Hier gilt es zu beachten, dass die Gemeindeverwaltung nicht mit neuen, nicht zwingenden Aufgaben und Ausgaben belastet werden soll. Hier sollte eine Lösung auf dem privat-bilateralen Weg gefunden werden.

Zusammengefasst: Wir finden, die Notwendigkeit ist nicht gegeben, die Gemeindeverwaltung, den GR und den GGR durch dieses Postulat weiter zu beschäftigen. Das Prüfen und das Schreiben eines Berichts verursachen auch Aufwand und Kosten. Ich werde die Erheblichkeitserklärung nicht unterstützen.

Peter Kofel, GFL: Das Postulat und die darin enthaltenen Anregungen sind anlässlich einer gemeinsamen Grenzbegehung entstanden. Die Anregungen bedeuten keine Einschränkung der Selbständigkeit der Gemeinde. Es gibt auch keine direkten Kosten daraus. Es wurden vier konkrete Punkte herauskristallisiert. Man sollte sie genauer anschauen. Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn man sich zu einer Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden bekennt, wir haben eine lange gemeinsame Grenze. Das Postulat jetzt nur wegen möglicher Kostenfolge, die in den meisten Fällen erst noch beschlossen werden müsste, abzuschliessen, finden wir billig. In einer solchen Prüfung könnten Sachen kommen, aus denen man einen Nutzen ziehen kann und die Kosten reduziert werden mit einer Zusammenarbeit.

Markus Burren, SVP: Ich möchte das Wort des Vorredners aufgreifen, dass das keine Kosten verursachen soll. Schon bei der Erheblichkeitserklärung gibt es Berichte daraus, jemand muss diese verfassen. Es sind 19 Antworten, die zum Teil vielleicht von externen Büros gemacht werden, es entstehen also Kosten.

Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat erheblich erklärt hat, weil er gesehen hat, dass alle Parteien dahinter stehen. Die Situation hat sich aber gewendet. Die BDP ist dagegen, die CVP, ein Teil der FDP und wir selber. Es ist nicht so eindeutig.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ein bürgerlicher Vorstoss bringt es fertig, dass alle Fraktionspräsidenten mit Ausnahme einer bürgerlichen Partei unterschreiben, sogar Toni Oesch hätte unterschrieben, wie er vorher gesagt hat. Unterschrieben, um etwas Gemeinsames zu erreichen, nämlich eine konkretere, vielleicht bessere Zusammenarbeit mit unserer Nachbargemeinde Münchenbuchsee. Wir von der SP fühlen uns nicht zwingend verpflichtet, einem bürgerlichen Vorstoss zuzustimmen. Aber hier hätten wir das gut gekonnt. Jetzt kommt aus bürgerlichen Kreisen eine Ablehnung, es könnte etwas kosten. Es ist schon etwas peinlich. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Nachbargemeinde nicht brüskieren und es den Anschein macht, als wollten wir mit ihr nichts zu tun haben. Das ist nämlich das Zeichen, das wir Münchenbuchsee so schicken. Ich staune, was hier in diesem Rat vorgeht. Wenn Sie sich selber versenken wollen, bitte, tun sie das. Vielleicht werden hier Luftschlösser produziert, aber so schlimm ist das nicht, wenn es überwiesen wird. Wir werden dem zustimmen, vielleicht sind wir die Einzigen, wenn die FDP auch noch zurückzieht. Aber dann wäre es an der Zeit, den Vorstoss zurückzuziehen.

Johanna Thomann, FDP: Ich danke Dir, Hans-Jörg Rhy, für das Votum, dass es peinlich wäre, wenn wir das, was mit Münchenbuchsee nun aufgegleist wurde und dort sehr breit unterstützt wird, ablehnen. Ich habe mich erkundigt, auch die SVP dort unterstützt es.

Wegen der Kostenfolge: Ich betone nochmals, das ist eine Prüfung der Punkte. Im Gespräch mit Münchenbuchsee wird dann hervorgehen, welche Punkte das sein werden, die man zusammen angehen will. Das heisst nicht, dass über 19 Punkte ein dreiseitiger Bericht ausgearbeitet werden muss und dass dadurch die Verwaltung belastet wird. Ich bitte Sie nochmals, unsere Nachbarn nicht zu brüskieren.

Markus Burren, SVP: Ich möchte hier richtigstellen, dass es nicht der Fraktionspräsident ist, der das aus eigener Macht heraus tut, das haben wir abgestimmt in der Fraktion. Was vorher gesagt wurde, ist nicht korrekt, wir haben das vorbesprochen und darüber abgestimmt.

Martin Köchli, BDP: Ich möchte als Protokollführer folgendes erwähnen: Wir haben die Ideen gesammelt, brainstormingmässig. Es waren gute Ideen zu konkreten Beispielen zu den drei Posten. Es wurde verpasst, aus dem Brainstorming etwas Konkretes zu tun. Nun wird dieses brainstormingmässige Produkt übergeben und sagt, dass das geprüft werden soll. Das ist das Problem und nicht die Kostenfrage, hier wurde etwas verpasst, so wie es jetzt daher kommt, ist das nicht unterstützungswürdig.

Bruno Vanoni, GFL: Im Zeitalter der Klarstellungen möchte ich auch noch etwas klarstellen. Alle Protokollführer und die, welche die Arbeitsgruppe geleitet haben und auch weitere Personen waren einbezogen in die Auswertung des Brainstormings. Wenn man das damals zu wenig gut fand, hätte man sich bemerkbar machen können und beispielsweise sagen, da müssen wir noch zusammensitzen, ausdiskutieren und konkretisieren. Das ist verpasst worden, ich sage nicht von wem, aber es ist verpasst worden.

Ich möchte auf zwei Gründe hinweisen. Wir haben heute über die Finanzen gejammert und angekündigt, man müsse sparen. Wir haben auch darüber diskutiert, dass es in der Gemeindeverwaltung an Ressourcen fehlt. In den Anregungen hat es zwei Vorschläge, die Thomas Ackermann in seiner Vorwegnahme des Berichtes noch nicht kommentiert hat, weil man diese Frage eben vertieft prüfen müsste.

Zum Einen ist hier die Frage nach verstärkter Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen, das könnte soweit gehen, dass man für ein klar abgegrenztes fachliches Gebiet, für das man in Zollikofen jemanden etwa 20% beschäftigen kann, sich in Münchenbuchsee nicht eine weitere Person in die Grundlagen vertiefen muss, sondern diese Aufgabe einer Person, die in einer der beiden Verwaltungen tätig ist, überträgt. Da wäre Sparpotential. Der andere Punkt ist die Koordination des Beschaffungswesens. Das ist etwas, was man über eine einzelne Nachbargemeinde hinaus machen sollte und vielleicht zum Teil auch schon macht. Das sind Potentiale, die zu einer effizienteren und kundigeren Aufgabenerfüllung führen würden.

Ich möchte an etwas erinnern: Beim nächsten Traktandum wird wahrscheinlich zum Teil über die Kompetenzen der Regionalkonferenz geschimpft. Im Grossen Rat ist auf freisinniger Seite kürzlich ein Vorstoss gemacht worden, der Kanton solle prüfen, ob er besser funktionieren würde, wenn es nur noch 50 Gemeinden geben würde. Also sind Gemeindefusionen angesagt, vielleicht noch nicht hier, aber aus Effizienzgründen steigt hier der Druck. Auf der anderen Seite ist eine Aufgabenverschiebung zur Regionalkonferenz, zum Kanton festzustellen, meine Meinung ist hier, dass wir probieren sollten, auf Augenhöhe mit anderen Gemeinden zu sein, sonst wird der Trend so weitergehen. Wenn Sie es also ernst meinen mit dem Ausloten von Sparpotential, gehören diese Punkte dazu. Wenn Sie es ernst meinen mit der Zusammenarbeit mit Münchenbuchsee, gehört es dazu, dass man auch über die Aufgaben, die heute schon im Raum stehen, hinaus denkt und sich künftige Fragen überlegt.

Ich wäre sehr enttäuscht, wenn das Postulat nicht angenommen würde. Das wird ein komisches Signal geben, wenn Münchenbuchsee annehmen sollte und Zollikofen nicht.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Wer das überparteiliche Postulat betreffend "Zusammenarbeit Münchenbuchsee – Zollikofen" für erheblich erklären will, hebe jetzt die Hand.

### **Abstimmung**

**Das überparteiliche Postulat betreffend "Zusammenarbeit Münchenbuchsee - Zollikofen"; wird mit 17 Nein- zu 16 Ja-Stimmen nicht erheblich erklärt.**

---

28 1.92.1 Motionen

### **Dringliche Richtlinienmotion Markus Burren betreffend "Vorranggebiet Wohnen Steinibachmatte"**

Präsidentin: Die Motion liegt auf ihrem Tisch. Ich gebe das Wort dem Motionär.

Markus Burren, SVP: Danke für die Gewährung der Dringlichkeit dieser Richtlinienmotion. Ich nehme es vorneweg: Ich werde nicht über die Regionalkonferenz schimpfen, wie es mein Vorredner vermutet hat. Mit der Erheblicherklärung wird der Gemeinderat ersucht, sich dafür einzusetzen, innerhalb der Mitwirkung zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept, kurz RGSK II, die Steinibachmatte aus dem Status "Vorranggebiet Siedlungserweiterung wohnen" herauszunehmen.

Was ist dieses RGSK II? Das ist ein Richtplan der Regionalkonferenz Bern-Mittelland welcher behördenverbindlich erklärt wird für die Gemeinden. Das heisst, die Gemeinden müssen sich bei einer künftigen Ortsplanungsrevision daran orientieren.

Sie konnten lesen, dass vorgesehen ist, das Gebiet in ein Vorranggebiet Wohnen hineinzunehmen.

Zum Grundeigentümer: Es ist die Burgergemeinde Bern. Wir haben Rücksprache mit dem Domänenverwalter, Herr Riedo, er hat erklärt, sie werde zur Einzonung nicht Stellung nehmen, das würde sie den Gemeinden überlassen. Die Burgergemeinde werde erst aktiv, wenn es um die allfällige Einzonung geht und die Mehrwertabschöpfung, die daraus entstehen könnte. Aber sie ist bereit, dies auch in 25 Jahren wieder anzuschauen. Die Steinibachmatte soll vorläufig nicht eingezont werden, das sollten wir der nächsten Generation überlassen.

In der Vergangenheit haben verschiedene Exponenten Zollikofens versucht, die Steinibachmatte einzuzonen. Manche sind hier im Saal. Es ist aber immer gescheitert. Es wäre nun weise, wenn wir beantragen, sie herauszunehmen und die Ortsplanungsrevision von dieser Frage zu entlasten. Eine Diskussion über die Steinibachmatte würde sich erübrigen.

Ich selber als Landwirt, bin nicht Bewirtschafter dieser Fläche und werde es voraussichtlich auch nie sein. Ich setze mich aber ein für sie. Sie gut zu bewirtschaften, eine gute Kulturlandfläche in Zollikofen, eine der besseren.

Aus all diesen Gründen bin ich überzeugt, dass mit der Annahme der Richtlinienmotion für die Zukunft vorgespurt werden kann. Sie und ich können so den Kindern etwas Weiteres für die Zukunft offenlassen.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Sie haben nach der Dringlichkeitserklärung einen schriftlichen Bericht des Gemeinderates erhalten, vielleicht konnten es aber nicht alle vertieft studieren.

Formelle Hinweise: Wie der Titel des Vorstosses bereits beinhaltet, handelt es sich um eine Richtlinienmotion. Bei der Umsetzung einer solchen Motion hat der Gemeinderat einen erheblichen Spielraum.

Ferner weist der Gemeinderat an dieser Stelle darauf hin, dass das Parlament im Rahmen der Mitwirkung selber eine Stellungnahme abgeben kann. In Zollikofen ist dazu die Geschäftsprüfungskommission zuständig. Uns ist bewusst, dass das Ratsplenum des GGR keine rechtlichen Möglichkeiten hat, der GPK eine Vorgabe für die inhaltliche Stellungnahme zu übermitteln.

Die Forderung der Motion hängt stark vom aktuellen Stand unserer Ortsplanungsrevision ab. Am 9. Februar 2015 hat der Gemeinderat das räumliche Entwicklungskonzept REK für die öffentliche Mitwirkung freigegeben. Darin sind auch Aussagen zur Steinibachmatte enthalten. Im REK wird ausdrücklich festgehalten, dass der Gemeinderat die Steinibachmatte als Option für zukünftige Generationen sieht. Die rund 6 ha grosse Fläche stellt langfristig ein potentielles Siedlungserweiterungsgebiet dar und ist somit nicht Gegenstand der anstehenden Nutzungsplanung, bei welcher der zeitliche Horizont rund 15 Jahre beträgt.

Damit aber die längerfristige Option bestehen bleibt, muss das Gebiet im RGSK als Vorranggebiet ausgeschieden werden. Ansonsten werden zukünftige Generationen wegen der übergeordneten Planung in dieser Entwicklungsmöglichkeit eingeschränkt.

Wie bereits gesagt, das REK wurde in die Mitwirkung geschickt, deren Auswertung steht unmittelbar vor der Türe. Hingegen sind zum heutigen Zeitpunkt noch keine materiellen Entscheide durch den Gemeinderat für die definitive Fassung des REK gefallen. Ein Blick in die Mitwirkungseingaben lässt jedoch Widerspruch erkennen, welcher sich nicht nur gegen einen sofortigen, sondern auch gegen die längerfristige Option der Steinibachmatte als Siedlungserweiterung ergibt.

Da aber zum heutigen Zeitpunkt die Steinibachmatte noch eine solche längerfristige Siedlungserweiterungsmöglichkeit darstellt, lehnt der Gemeinderat das Begehren der Motion ab. Damit erreichen wir, dass die Planungsinstrumente von Gemeinde und Region synchron sind und keine Widersprüche aufweisen.

Das Nein zur vorliegenden Motion – und dies ist mir ganz wichtig zu betonen – ist kein Ja des Gemeinderates zur baldigen Einzonung der Steinibachmatte. Nochmals: Die Steinibachmatte ist nicht Gegenstand der anstehenden Nutzungsplanung. Die nächste oder übernächste Generation soll über die Steinibachmatte diskutieren und entscheiden können.

Namens des Gemeinderates ersuche ich Sie, die Motion aus den vorerwähnten Gründen abzulehnen.

Markus Burren, SVP: Ich entnehme den Worten des Präsidenten, dass er vielleicht doch froh wäre, wenn wir sagen würden, was der Gemeinderat mit der Steinibachmatte machen soll. Im Moment gibt es das RGSK II, irgendwann gibt es wieder einen neuen Richtplan. Dann kann wieder entschieden werden was mit der Steinibachmatte passieren soll. Aus meiner Sicht sollten wir nicht jetzt Hand bieten, sie schon herzugeben. Es gibt andere Flächen, bei denen man über eine Einzonung diskutieren kann. Wir müssen schauen, dass unsere Kinder auch ein moderates Wachstum haben können. Das heisst nicht Stagnation oder Schwund, sondern ein Wachstum von 6%.

Bruno Vanoni, GFL: Es tut mir fast ein wenig leid, dass Sie mir schon wieder zuhören müssen, aber Schuld daran ist Markus Burren mit seinem Vorstoss. Eigentlich könnte man sich auf den Standpunkt stellen, dass die Motion unnötig ist. Darum ist die GFL auch nicht auf die Idee gekommen, sich mit einer solchen Motion profilieren zu wollen. Warum unnötig? Der

Gemeinderat hat uns im Rahmen der Ortsplanung im Entwurf für das Räumliche Entwicklungskonzept mitgeteilt, die Steinibachmatte sei nicht Gegenstand der anstehenden Nutzungsplanung. Horizont 15 Jahre. Über die Nutzung der Steinibachmatte als Wohngebiet soll eine spätere Generation entscheiden können. Das haben wir in der Diskussion im Rahmen der Ortsplanung verschiedentlich gehört. An der letzten GGR-Sitzung hat keine einzige Partei widersprochen. Im Gegenteil. Mehrere Parteien haben sich ausdrücklich gegen eine Einzonung ausgesprochen, namentlich die SP und die GFL. Verklausuliert auch die BDP und indirekt die SVP. Alle waren gegen eine Nutzung in den nächsten Jahren oder ein bis zwei Jahrzehnten.

Man könnte deshalb davon ausgehen, dass der Gemeinderat im laufenden Vernehmlassungsverfahren der Regionalkonferenz genau eine solche Stellungnahme abgibt, gegen die Bezeichnung der Steinibachmatte als "Vorranggebiet Wohnen". Aber wie wir heute aus der Antwort gehört haben, ist das nicht so. Er macht geltend, künftige Generationen sollen nicht eingeschränkt werden durch eine RGSK, die das nicht vorsieht.

Markus Burren hat es gesagt, schon wir selber, in vier bis sechs Jahren können das RGSK wieder ändern. Es wird momentan alle vier Jahre revidiert, in Zukunft vielleicht nur noch alle sechs Jahre. Deshalb braucht es diese Motion eben doch. Der GGR muss jetzt ein Zeichen setzen, dass er eine Einzonung in den nächsten 15 Jahren nicht will. Er hat danach zur Richtplanung, die der Gemeinderat ja auch festlegen will in nächster Zeit, nichts mehr zu sagen. Er muss dem Gemeinderat den Rücken stärken, wenn wir die Regionalkonferenz überzeugen wollen, dass die Steinibachmatte nicht zur Disposition steht. Nur mit einem Ja zur Motion bekommt die Haltung der Gemeinde, wenn sie denn so ist, das nötige Gewicht, um die Steinibachmatte aus der Regionalen Siedlungsplanung herauszunehmen. Genau dasselbe ist beim letzten Mal mit der Rütli gelungen. Daran möchte ich der Vollständigkeit halber erinnern.

Vor drei Jahren hat die GFL sich auch schon dafür eingesetzt, dass eben nicht nur die Rütli, sondern auch die Steinibachmatte aus dem regionalen Konzept gestrichen werden soll. Dazumal war der Gemeinderat auch anderer Meinung. Aber im MZ war unter dem Logo der SVP ein interessanter Beitrag von Daniel Bichsel zu lesen. Er war damals Kandidat für das Gemeindepräsidium und trat gegen die "Planerlöwen" der Region an. In diesem Artikel schrieb er, es gehe um sehr viel, nach dem Schluss der Regionalkonferenz dieses Konzeptes sei das behördenverbindlich: *"Damit wird zwar noch kein Quadratmeter eingezont, aber die Gemeinde könnte faktisch gezwungen werden, ihre bauliche Entwicklung für Wohnbauten auf die Steinibachmatte auszurichten. Diese Planung widerspricht meinen Zielsetzungen und ist mit dem Leitbild der Gemeinde nicht vereinbar. Stoppen wir die Planerlöwen der Region."*

Das ist genau das Motto heute Abend: Mit einem Ja zur Motion und einer entsprechenden Stellungnahme des Gemeinderates an die Regionalkonferenz können wir das machen. Aber es reicht noch nicht. Damit das Freilassen der Steinibachmatte für die künftigen Generationen glaubwürdig ist, müssen wir ernst machen mit der inneren Verdichtung. Wir müssen zusätzlich benötigten Wohnraum innerhalb des eingezonten Gebietes schaffen. An Lagen, die gut mit dem ÖV erschlossen sind. Dafür braucht es eine aktivere Politik der Gemeinde und auf der Gemeindeverwaltung auch zusätzliche personelle Ressourcen. Vor allem braucht es ein Umdenken in den Köpfen.

Wir haben es heute Abend gehört, wir leben auf zu grossem Fuss, auch mit dem Bodenverbrauch und so kann es nicht weitergehen.

Toni Oesch, FdU: Wir haben in der REK-Eingabe geschrieben, dass nicht eingezont werden darf. Ich muss Herr Burren korrigieren. Er hat vorher gesagt, es seien Bestrebungen gelaufen, einzuzonen. Es war eingezont. Wir hatten damals eine Initiative gemacht, dass ausgezont werden soll. Sie wussten genau, dass der Boden rar wird und der Moment kommt, wo

einzoont wird. Wir haben damals die Initiative ergriffen, weil eine grosse Treuhandgesellschaft bauen wollte für 600 Leute und Konferenzsälen. Wir sahen dann, dass da viel Verkehr und Parkplätze auf uns zukommen. Die SP sagte damals, man müsse Liegenschaften aufstellen, ähnlich gross, wie die Spitalbauten in der Häberlimatte. Das Volk hat uns zugestimmt. Seit-her ist ausgezoont. Aber es kamen immer wieder Einzoonungsbegehren. Auch unsere Nachbargemeinden, zum Beispiel Herr Zahler, Ostermundigen, in der Regionalkonferenz, Herr Giauque, sie waren schon in der Regionalkonferenz als "eingezont" wurde. Ich bin froh, dass uns die SVP nun auch unterstützt, sie war früher für die Einzoonung. Wir werden das Anliegen von Herrn Burren unterstützen. Unsere Jungen werden noch mehr sensibilisiert sein, dass sie genügend Raum haben in der Gemeinde.

Markus Bacher, FDP: Ich kann es kurz machen, da die Tendenzen, welche Partei wofür ist, bereits erwähnt wurden. Die FDP wurde aber nicht erwähnt. Für uns stimmt die Stellungnahme des Gemeinderates, es ist in unserem Sinne, es kommenden Generationen offen zu lassen. Wir unterstützen den Gemeinderat.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Es wurde bereits erwähnt, was wir in uralten Zeiten verbrochen haben sollen. In diesem Falle haben wir uns an einer ganztägigen Veranstaltung mit der laufenden Ortsplanungsrevision auseinandergesetzt. Weder Fraktions- noch Parteimitglieder waren damals der Meinung, dass die Steinibachmatte eingezont werden soll. Ganz sicher nicht.

Das sollen spätere Generationen beurteilen, wenn der Siedlungsdruck zunimmt und wenn es besser ist, gut erschlossenes Land in Zentrumsnähe einzuzonen, anstatt in Münchringen, Schalunen oder Büren zum Hof und dort wertvolles Kulturland zu zersiedeln. Das ist die Folge: Wenn hier zugetan wird, geht es raus und die Schweiz wird so aussehen, wie wir das lieber nicht möchten. Der Gemeinderat schreibt zu Recht, dass die Option stehen bleiben kann, müsse das Gebiet im Regionalen Konzept als Vorranggebiet ausgeschieden werden, "*ansonsten werden zukünftige Generationen wegen der übergeordneten Planung in dieser Entwicklungsmöglichkeit eingeschränkt.*" Ist das denn sinnvoll, Toni Oesch, dass wir die nachfolgende Generation jetzt schon so einschränken, dass diese auf ewig nichts mehr machen kann? Diese Matte ist nicht einzuzonen. Es ist weder nötig noch sinnvoll. Aber es könnte sinnvoll werden. Und deshalb muss ich persönlich sagen, dass ich den Antrag des Gemeinderates unterstütze. Ich kann nicht für alle reden. Aber so wie ich unsere ganztägige Veranstaltung erlebt habe, machen wir lieber eine sinnvolle Planung, als etwas einzuschränken, das an ganz anderen Orten viel schlimmere Auswirkungen hat auf das Kulturland.

Ralph George, FDP: Es ist ein Thema, das mir liegt und das mich beschäftigt, darum sage ich etwas. Es geht heute nicht darum, dass wir die Steinibachmatte einzonen wollen oder nicht. Aber es geht um die Frage, ob man längerfristig eine Einzoonung verhindern möchte und ob das richtig und nötig ist. Ich erwähne die Situation des Kantons: Vielfach wird gesagt, der Kanton Bern sei eine Steuerhölle. Man muss sich hier überlegen, weshalb es so ist. Ein Grund und das ist eine Tatsache: In der Agglomeration und der Stadt Bern haben wir sehr viele Arbeitsplätze, zugleich hat man viel zu wenig Wohnraum. Was passiert? Die Menschen, die hier arbeiten und nichts zum Wohnen finden, gehen in den Kanton Freiburg oder Waadt und bauen dort. Dort zahlen sie auch ihre Steuern. Was haben wir von denen? Ausser der Tatsache, dass sie hier arbeiten, haben wir den Pendlerverkehr und wieder ein Problem mehr, aber keinen Gegenwert. Eine weitere Folge: Das Bauland wird immer teurer, weil rarer. In Freiburg ist es billig, im Waadt wohl noch billiger. Die Zahlen sind öffentlich. Das ist ein riesengrosses strukturelles Problem, welches der Kanton hier hat. Fazit: Die Agglomeration der Stadt Bern braucht Wohnraum und Tatsache ist auch, dass die Steinibachmatte erstklassiges Bauland ist, das für erstklassigen Wohnraum geeignet ist, es ist erschlossen.

Ich postuliere nicht für eine Einzoonung der Steinibachmatte, aber man darf nicht auf weitere Sicht eine Entwicklung der Steinibachmatte blockieren. Das ist unverantwortlich, gerade im Hinblick auf die Probleme des Kantons. Die Steinibachmatte ist für mich ein Thema, in dem

kleinräumiger Egoismus keinen Platz hat und die Landwirtschaft, entschuldige Markus, hat für mich in der Agglomeration auch keinen Vorrang.

Markus Burren, SVP: Es ist klar, was ich geschrieben habe. Aber es ist auch klar, dass wenn wir die Motion annehmen, dies nicht für immer und ewig ist. Bruno Vanoni hat es gesagt; das RGSK II, welches im Moment in der Vernehmlassung ist, wird auch wieder überarbeitet, dann kann man wieder darüber reden. Aber im Moment möchte ich es ad acta legen, mit dieser Variante lassen wir alles offen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat noch Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Wer die Motion erheblich erklären will, erhebe die Hand. Bitte auszählen, es könnte eng werden.

### **Abstimmung**

**Die Dringliche Richtlinienmotion Markus Burren betreffend "Vorranggebiet Wohnen Steinibachmatte" wird mit 18 Ja- zu 14 Nein-Stimmen erheblich erklärt.**

---

29      1.92.1      Motionen

#### **Überparteiliche Motion SP / FDP betreffend "Zusätzliche Kita-Plätze in Zollikofen"**

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, die Anzahl der Kita-Plätze in Zollikofen möglichst rasch zu erhöhen, um einerseits dem virulenten Bedürfnis nach Kita-Plätzen gerecht zu werden und andererseits die Wartezeiten auf einen Kita-Platz auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Das zusätzliche Angebot soll sowohl subventionierte Kita-Plätze für einkommensschwache Eltern wie auch private Kita-Plätze berücksichtigen.

Begründung:

Kindertageseinrichtungen sind wesentliche Voraussetzung, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen oder zu erleichtern. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Kita-Plätzen stetig. Weil die Bevölkerung in Zollikofen zunimmt und am Arbeitsmarkt eine grosse Nachfrage an Fachkräften und Teilzeitangestellten herrscht.

Die Kita Wirbelwind in Zollikofen bietet heute an ihren zwei Standorten 48 Betreuungsplätze an. Davon sind 34 subventioniert (einkommensabhängige Tarife) und 14 privat (kostendeckende TageschpauSchale). Dies entspricht bei weitem nicht mehr dem Bedürfnis nach Kita-Plätzen. Die Wartezeiten sind mittlerweile sehr lang. Im letzten Verwaltungsbericht ist zu lesen, dass 40, bzw. 38 Kinder auf der Warteliste eingeschrieben sind und die Wartezeit für einen Kita-Platz ca. 2 Jahre beträgt. Aktuell erhalten Eltern, die sich bei der Kita nach einem Betreuungsplatz erkundigen, die Auskunft, dass die Wartefrist 2 – 3 Jahre beträgt. Das ist viel zu lang und für die Eltern nicht zumutbar.

Mit den familien- und kinderfreundlichen Überbauungen Schäferei und Lättere wächst Zollikofen weiter. Viele neue attraktive Wohnungen werden gebaut. Für die Wohnungssuchenden ist das Betreuungsangebot für Kinder in einer Gemeinde ein immer wichtigeres Kriterium bei der Wahl des Wohnsitzes. Auch für Unternehmen ist dies bei der Standortwahl ein Kriterium, welchem immer mehr Bedeutung beigemessen wird. Diesen Aspekten ist Rechnung zu tragen, wenn sich Zollikofen weiterhin als attraktiver Wohn- und Arbeitsort positionieren will.

---

30 1.92.2 Postulate

**Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende "Tageskarten Gemeinde: Optimierung des Angebots für Zollikofen"**

Der Gemeinderat wird gebeten, der Bevölkerung mehr Tageskarten anzubieten.

Begründung: Das Angebot der SBB-Gemeinde-Tageskarten erfreut sich regem Interesse; die 8 Tageskarten pro Kalendertag à Fr. 40.00 werden zu rund 99% bezogen.

Zollikofen hätte die Möglichkeit, mehr Tageskarten anzubieten und diese der Bevölkerung abzugeben.

Eine Erhöhung des Angebots würde den Nachfrageüberschuss reduzieren und die Qualität des Dienstleistungsangebots der Gemeinde optimieren.

---

Präsidentin: Wir sind am Ende der Sitzung, es ist 22.25 Uhr. Danke fürs Mitmachen, die nächste Sitzung findet am 24. Juni statt unter der Leitung von Peter Bähler. Ich bin nicht da. Ich habe versucht, die Veranstaltung zu verschieben, aber es war nicht möglich, es ist die Lehrabschlussfeier meiner Tochter. Ich wünsche eine gute nächste Sitzung und einen schönen Sommer. Wir sehen uns im August.